

1 **Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft**

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission
Internet und digitale Gesellschaft

Ausschussdrucksache
17(24)067 - ergänzt

TOP 4 am 28. Januar 2013

24.1.2013

2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

Entwurf
Schlussbericht
Stand: 24.01.2013

I Vorwort des Vorsitzenden Axel E. Fischer, MdB 2

II Themen und Ergebnisse 2

III Versuch und Irrtum – Neue Arbeitstechniken im Parlament..... 4

IV Experimentierfeld Enquete: Online-Bürgerbeteiligung im Deutschen Bundestag 9

V Nachlese der Sachverständigen 27

V.1.1 Dr. Wolf Osthaus: Entscheidungen für die Zukunft vorbereitet 29

V.1.2 Prof. Dr. Wolfgang Schulz: Entscheidungswissen für das Parlament..... 33

V.1.3 Prof. Dr. Christof Weinhardt: Impulse und Ideen für das Parlament..... 37

V.1.4 Dr. Jeanette Hofmann: Die Enquete war ein Netzknoten 41

V.1.5 Prof. Dr. Hubertus Gersdorf: Brückenschlag zwischen Parlament und Praxis 46

V.1.6 Annette Mühlberg: Netzpolitik – eine Frage der Demokratie..... 49

V.1.7 Alvar Freude: Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr und betrifft wichtige
gesellschaftspolitische Fragen 52

V.1.8 Dr. Bernhard Rohleder: Basis künftiger Entscheidungen 58

V.1.9 Markus Bechedahl 62

V.1.10 Lothar Schröder: Wichtige Orientierungsmarken zur digitalen Arbeit 64

V.1.11 Nicole Simon: Das Internet geht nicht mehr weg 68

V.1.12 (Constanze Kurz: Freigabe fehlt noch) 71

V.1.13 Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring: Die Arbeit muss weitergeführt werden 72

VI Ausblick..... 75

VII Anhang..... 78

29

30 „Die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft ist die unterschätzte Keimzelle
31 für die Erneuerung des Parlamentarismus.“ (Wolfgang Blau, Chefredakteur Zeit Online)

32

33 **I Vorwort des Vorsitzenden Axel E. Fischer, MdB**

34

35

36 **II Themen und Ergebnisse**

37 Die Veränderungen, die mit dem Einzug des Internets in wirtschaftliche, kulturelle oder
38 gesellschaftliche Prozesse einhergehen, vollziehen sich mit großer Geschwindigkeit und sind
39 teils unumkehrbar. Die Digitalisierung der Gesellschaft wirft dabei grundlegende Fragen auf,
40 denen sich die politischen Entscheidungsträgerinnen und –träger stellen müssen. Mit der
41 Einsetzung der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft am 4. März 2010¹ hat
42 der Deutsche Bundestag dem Rechnung getragen. Bereits zu Beginn der Arbeit der
43 Kommission war klar, dass die Komplexität des Themas besondere Strukturen notwendig
44 machte. So rückte die Kommission von dem ursprünglich gefassten Plan, vier Arbeitsgruppen
45 zu bilden, ab und entschied sich nach einer Klausurtagung am 17./18. Mai 2010, insgesamt
46 zwölf Projektgruppen mit der detaillierten inhaltlichen Arbeit zu befassen. Dies sollte nicht
47 nur das Bewusstsein ausdrücken, dass die Mitglieder es mit einem komplexen Thema zu tun
48 hätten, sondern auch von einer interdisziplinären Arbeitsweise zeugen. Auf der Klausurtagung
49 war eine umfangreiche Themensammlung erarbeitet worden, von denen am Ende die zwölf
50 wichtigsten Themen identifiziert worden waren. Üblicherweise legen Enquete-Kommissionen
51 in der Mitte ihrer Arbeit einen Zwischen- und am Ende einen Schlussbericht vor. Die
52 Internetenquete wich von dieser Praxis ab und legte stattdessen während der drei Jahre
53 umfassenden Dauer zwölf umfangreiche Zwischenberichte² vor, die jeweils eine
54 Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag enthielten:

55

¹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>

² Insgesamt legte die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft während ihrer dreijährigen Arbeitszeit zwölf Zwischenberichte, einen Tätigkeits- und einen Schlussbericht vor.

Zwischenbericht:	vorgelegt am:	Link:
Medienkompetenz	21. Oktober 2010	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/072/1707286.pdf
Urheberrecht	23. November 2011	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707899.pdf
Netzneutralität	2. Februar 2012	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708536.pdf
Datenschutz/ Persönlichkeits-rechte	15. März 2012	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/089/1708999.pdf

Demokratie und Staat

**Wirtschaft, Arbeit,
Green IT**

**Kultur, Medien,
Öffentlichkeit**

**Bildung und
Forschung**

**Zugang, Struktur,
Sicherheit im Netz**

**Interoperabilität,
Standards, Freie
Software**

57 **III Versuch und Irrtum – Neue Arbeitstechniken im Parlament**

58

59 **Akteure**

60

61 Die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft wies viele Unterschiede zu ihren
62 22 Vorgängerinnen auf. Bemerkenswert war ihre heterogene Zusammensetzung: Unter den 17
63 Abgeordneten und 17 Sachverständigen fanden sich IT-Unternehmer, Programmierer,
64 Journalisten, Künstler und Historiker, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler, Blogger, Ingenieure,
65 Gewerkschafter und Verbandsvertreter. Insgesamt waren es 29 Berufe, die in der Kommission
66 vertreten waren. Das Altersspektrum der Mitglieder reichte von 34 bis 71 Jahren, das
67 Durchschnittsalter lag bei gut 45 Jahren. Mit neun Frauen und 25 Männern erreichte die
68 Kommission einen Frauenanteil von 26,5 Prozent, der unter dem des Parlamentes mit 32,9
69 Prozent lag. Elf von 17 Abgeordneten machten in der Enquete-Kommission ihre ersten
70 parlamentarischen Erfahrungen, sechs Abgeordnete absolvierten bereits ihre zweite, dritte
71 oder vierte Wahlperiode im Parlament. Von den Sachverständigen machte der überwiegende
72 Teil erstmals Erfahrungen als Mitglied eines parlamentarischen Gremiums.

73

74 **Öffentliche Sitzungen = Transparenz?**

75

76 Die Enquete-Kommission tagte entgegen dem bisher üblichen Verfahren für Enquete-
77 Kommissionen von Beginn an öffentlich. Das in der Geschäftsordnung des Deutschen
78 Bundestages angelegte Regel-Ausnahme Verhältnis, nach dem Ausschusssitzungen
79 grundsätzlich nicht öffentlich sind³, wurde damit umgekehrt. Im Vordergrund stand von
80 Beginn an das Bemühen, die Öffentlichkeit in den Arbeitsprozess so intensiv wie möglich

³ Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, §69

81 einzubeziehen. Die Kommission entschloss sich, alle Sitzungen live oder zeitversetzt online
82 zu senden. Dies galt für alle 20 Sitzungen, sowohl für die reinen Arbeitssitzungen als auch für
83 die öffentlichen Anhörungen. Später konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger die so
84 genannten öffentlichen Expertengespräche in den Projektgruppen, bei denen in kleinerer
85 Runde zusätzliche Sachverständige zu einzelnen Fragestellungen eingeladen wurden, als
86 Besucher mitverfolgen oder als Stream im Internet ansehen.

87 Dem Einsetzungsbeschluss⁴ folgend, dokumentierte die eigens eingerichtete Internetseite
88 tagesaktuell die Ereignisse in der Kommission. Die Berichterstattung erstreckte sich weit über
89 das sonst übliche Maß hinaus. So wurden nicht nur – wie es sonst bei den Ausschüssen des
90 Bundestag gehandhabt wird – Tagesordnungen und Protokolle aktuell gehalten, sondern über
91 jede öffentliche und nicht-öffentliche Projektgruppensitzung berichtet. Alle Termine der
92 öffentlichen Projektgruppensitzungen waren in einer eigenen Rubrik abrufbar. Die
93 Sekretariats-Redaktion veröffentlichte zudem Ankündigungen, Zusammenfassungen,
94 Rückblicke und Aufrufe zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

95

96 Auf der Internetseite wurde außerdem ein Blog eingerichtet, in dem die
97 Kommissionsmitglieder ihre persönliche Sichtweise zur Arbeit der Enquete darlegen und mit
98 Bürgerinnen und Bürgern diskutieren konnten. Bevor es eine eigens eingerichtete
99 Beteiligungsplattform gab, bot ein Forum Platz für Austausch und direkten Kontakt zwischen
100 Kommission und Öffentlichkeit.

101

102 Der Wunsch, mit der Arbeit der Enquete-Kommission neue Formen der öffentlichen
103 Kommunikation zu erproben und damit mehr Transparenz der parlamentarischen Abläufe zu
104 ermöglichen, zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit der Kommission. Bei der
105 Erkundung neuer Kommunikationsformen und neuer Wege politischer Willensbildung
106 überschritt die Kommission bislang bewährte Grenzen. Erwartungsgemäß erwiesen sich nicht
107 alle Neuerungen als geeignet, andererseits haben sich auch manche Befürchtungen als
108 unbegründet erwiesen. So blieb zum Beispiel der Moderationsaufwand in den
109 Dialogformaten entgegen den Erwartungen überschaubar, da sich der überwiegende Teil der
110 Diskutanten eines respektvollen Tons bediente. Andererseits nahmen insgesamt auch weniger
111 Menschen als erwartet das Kommunikationsangebot in Blogs und Foren an, direkt mit

⁴ s. Bundestagsdrucksache 17/950, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>

112 Mitgliedern der Kommission in Kontakt zu treten. Diskussionen verliefen im Allgemeinen
113 sachlich und themenzentriert, sprachen aber nur einen relativ kleinen Kreis von Menschen an.
114 Eine Teilöffentlichkeit verfolgte die Arbeit der Kommission mehr oder weniger intensiv über
115 den Kurznachrichtendienst Twitter, auf dem die Kommission einen offiziellen Account
116 einrichtete und Nachrichten an zuletzt fast 7.000 Bürgerinnen und Bürger verschickte. Über
117 Twitter konnten Interessierte auch aktiv an den öffentlichen Anhörungen teilnehmen und
118 Fragen an die Anwesenden stellen. Diese Möglichkeit wurde in jeder Anhörung genutzt.

119

120 Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommission führten die neuen
121 Kommunikationsmöglichkeiten zu einer Debatte über die Frage, wie viel Transparenz
122 notwendig ist und wo sinnvollerweise Grenzen zu ziehen sind. Einige argumentierten,
123 Transparenz könne zu mehr Vertrauen in demokratische Abläufe und politische Akteure
124 führen. Andere hielten dagegen, die repräsentative Demokratie in Deutschland basiere auf
125 Vertrauen. Die Abgeordnete würden in demokratischen Wahlen durch die Bürger legitimiert,
126 so dass die Forderung nach mehr Transparenz auch als Ausdruck eines übersteigerten
127 Misstrauens gewertet werden könne.⁵

128

129 Mit Blick auf die Auswirkungen einer stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in die
130 parlamentarischen Abläufe bestand zum Beispiel die Sorge, in öffentlichen Enquete-
131 Sitzungen würden nur noch inszenierte Schaukämpfe geführt, während der echte
132 Meinungs Austausch sich in andere nicht-öffentliche Räume verlagere. In den öffentlichen und
133 im Internet übertragenen Sitzungen arbeiteten Sachverständige und Abgeordnete jedoch
134 ebenso konzentriert wie sie leidenschaftlich stritten. Die Kameras wurden zunehmend zur
135 Normalität, auch wenn manche Mitglieder eine Diskrepanz zwischen der konstruktiven
136 Arbeitsatmosphäre in den nicht-öffentlichen Projektgruppensitzungen und den mitunter vom
137 Dissens geprägten Stil in den öffentlichen Enquete-Sitzungen empfanden. Den Streit in die
138 Öffentlichkeit zu tragen, empfanden einige Mitglieder zwar als Zumutung für die Zuschauer,
139 insgesamt hielt sich das Unbehagen jedoch in Grenzen. In manchen Situationen mögen die

⁵ s. Byung-Chul Han: Diskussionskultur im Internet: Im Reich der namenlos Nackten, Tagesspiegel vom 29.04.2012. www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/diskussionskultur-im-internet-im-reich-der-namenlos-nackten/6569178.html (abgerufen am 16.01.2013)

140 Kameras gar disziplinierende Wirkung gehabt und zur Kompromissfindung beigetragen
141 haben. Jedoch sollte auch diese Wirkung nicht überschätzt werden.

142

143 Kontrovers diskutierten die Mitglieder das Anliegen, auch die Sitzungen der Projektgruppen
144 im Internet zu übertragen. In diesen kleineren Runden wird die inhaltliche Arbeit geleistet und
145 findet der eigentliche Meinungsbildungsprozess statt. Die Forderung einiger Mitglieder nach
146 Öffentlichkeit dieser Runden ging anderen zu weit: Es müsse auch geschützte Räume geben,
147 in denen man im kleinen Kreis unbeobachtet Meinungen austauschen und vielleicht auch
148 einmal Auffassungen ändern könne, ohne sich öffentlich erklären zu müssen.

149 Schließlich kam man zu dem Kompromiss, jede Projektgruppe darüber abstimmen zu lassen.
150 Die meisten entschieden sich zwar, die Sitzungen öffentlich abzuhalten. Eine Übertragung
151 aller Projektgruppensitzungen ins Internet war angesichts fehlender Ressourcen zur
152 Aufnahme und Übertragung nicht möglich. Gegen Ende der Arbeit ging man deshalb dazu
153 über, ausgewählte Projektgruppensitzungen zu übertragen, zum Beispiel solche, in denen
154 weitere externe Experten eingeladen waren. Die eigentliche Textarbeit wurde weitgehend in
155 öffentlichen Sitzungen der Projektgruppen erledigt, an denen Bürgerinnen und Bürger nach
156 Anmeldung persönlich teilnehmen konnten.

157

158 Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Arbeit der Enquete-Kommission in einem Maß
159 öffentlich dokumentiert, erläutert und damit im eigentlichen Sinne transparent gemacht
160 wurde, wie es bisher in keinem anderen Gremium des Deutschen Bundestages erfolgte. Die
161 Enquete-Kommission hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen, mit allen Konsequenzen und
162 Konflikten, die dies mit sich bringt. Diese Öffnung des parlamentarischen Betriebes kostete
163 Ressourcen, Mut und die Auseinandersetzung mit denjenigen, die die bewährten
164 Verfahrensweisen für ausreichend hielten. Nicht alles Wünschbare oder Gewünschte wurde
165 umgesetzt, aber das was umgesetzt wurde, hatte Hand und Fuß. Die gesammelten
166 Erfahrungen wurden umgehend auf andere parlamentarische Gremien übertragen. Für die
167 Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem
168 Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ gehören
169 öffentliche Sitzungen und neue Kommunikationsformen wie Chats heute bereits zur
170 Normalität.

171 **Kollaborative Arbeitstechniken und Texterstellung**

172

173 Die große Anzahl der Projektgruppen und der Anspruch, zu jedem der zwölf Themen einen
174 Zwischenbericht abzuliefern, machte eine effektive Arbeitsteilung notwendig. Die Texte der
175 Projektgruppen entstanden in kollaborativen Prozess, bei dem einzelne Sachverständige oder
176 Abgeordnete Texte vorlegten, die anschließend diskutiert, verändert, ergänzt oder verworfen
177 wurden. Die zwölf Zwischenberichte haben jeweils einen Umfang von 50 bis 150 Seiten. Auf
178 der Basis von Bestandsaufnahmen werden darin Handlungsempfehlungen an den künftigen
179 Gesetzgeber formuliert. Großer Wert wurde hierbei - wie in Enquete-Kommissionen üblich –
180 auf möglichst breit akzeptierte, im Konsens verfasste Textteile gelegt, die Geschlossenheit
181 demonstrieren sollen.

182

183 Zu Beginn der Enquete-Kommission wurde für die Texterstellung ein Etherpad eingerichtet,
184 ein webbasierter Texteditor. Dieses Werkzeug schien sich besonders für das gemeinsame
185 Erstellen eines Textes in einem festgelegten Zeitraum zu eignen. Die jeweils gültige
186 Textfassung ist in einer Bearbeitungsoberfläche online abrufbar, Veränderungen sind schnell
187 sichtbar.

188 Die Akzeptanz dieses Texterstellungswerkzeug war bei den Mitgliedern der Enquete-
189 Kommission unterschiedlich groß. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass die Zugangshürden
190 aufgrund der Sicherheitsbestimmungen auf den Servern des Deutschen Bundestages hoch
191 sind. Das mehrstufige Anmeldeprozedere mit zwei unterschiedlichen Passwörtern schien
192 den meisten Mitgliedern ein zu hoher Aufwand bei zu geringem Nutzen. Zudem war das
193 Werkzeug für die meisten neu. Einige Mitglieder gingen dazu über, privat eingerichtete Pads
194 mit weniger hohen Zugangshürden zu nutzen. Letztlich wurde das Bundestags-Etherpad in
195 zwei von zwölf Projektgruppen genutzt.

196

197 **Internes Forum**

198

199 Wenig genutzt wurde auch das interne Onlineforum zum Meinungs austausch zwischen den
200 Projektgruppenmitgliedern. Der Meinungs austausch fand vielmehr im herkömmlichen
201 Rahmen statt: In den Sitzungen der Projektgruppen, der internen Runden in den jeweiligen
202 Fraktionen und natürlich während und am Rande der Enquete-Sitzungen.

203 **IV Experimentierfeld Enquete: Online-Bürgerbeteiligung im** 204 **Deutschen Bundestag**

205

206 Die Absicht der Internet-Enquete, auf dem Feld der Online-Bürgerbeteiligung Neuland zu
207 erschließen, zog sich wie ein roter Faden durch die Laufzeit der Kommission. Bereits im
208 Einsetzungsantrag vom 3. März 2010 hieß es:

209

210 *„Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in*
211 *besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der*
212 *Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf*
213 *der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort*
214 *werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die*
215 *Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der*
216 *Arbeit der Kommission einfließen lassen können.“*

217

218 Der am 4. März 2010 einstimmig vom Deutschen Bundestag angenommene Antrag enthielt
219 damit alle wesentlichen Zielvorgaben für ein bisher einmaliges Experiment: Die Arbeit der
220 Enquete sollte für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein und sie in die Lage versetzen,
221 sich mit Vorschlägen und Ideen in die Arbeit der Kommission einzubringen. Der erste Teil
222 des Auftrages wurde schnell umgesetzt. Mit der Microsite www.internetenquete.de richtete
223 die Verwaltung des Bundestages im Rahmen des Internetangebots www.bundestag.de eine
224 Seite mit eigener Navigation ein, die von einer eigens eingestellten Online-Redakteurin
225 betreut wurde. Hier fand von Beginn an eine ausführliche und aktuelle Berichterstattung über
226 die einzelnen Arbeitsschritte der Kommission statt.

227

228 Da die Beteiligung der Öffentlichkeit eine umfangreiche Information voraussetzte, war es
229 notwendig, die Arbeit der Kommission ausführlicher als bisher im Bundestag üblich zu
230 dokumentieren. So erschienen auf der Seite der Kommission nicht nur Protokolle und
231 Tagesordnungen, sondern auch ausführliche Berichte über die Arbeit in den Projektgruppen.
232 Darin wurde bis auf wenige Ausnahmen aus fast allen der 179 Projektgruppensitzungen
233 berichtet. In den Texten ging es darum, welche Themen diskutiert, welche Konfliktlinien
234 deutlich und welche Ergebnisse in den Kleingruppen erzielt wurden. Dabei wurde darauf

235 geachtet, die Ergebnisse möglichst fraktionsübergreifend wiederzugeben. Entgegen
236 anfänglicher Befürchtungen, eine neutrale Berichterstattung sei schwierig zu bewerkstelligen,
237 genossen die Berichte bald große Akzeptanz.

238

239 Jede der zwölf Projektgruppen bekam zudem einen eigenen Dokumentationsbereich.⁶ Hier
240 wurden die Ergebnisse der Projektgruppensitzungen veröffentlicht, eine aktuelle Liste der
241 Mitglieder hinterlegt, dazu Protokolle und Tagesordnungen und in Auftrag gegebene
242 Gutachten. Nach und nach war es für Außenstehende möglich, die inhaltliche Arbeit in den
243 Projektgruppen kleinteilig nachzuvollziehen. Von der Erstellung des Arbeitsplans über die
244 verschiedenen Diskussionen und der Auseinandersetzung über einzelne Teilfragen – teilweise
245 in weiteren kleineren Expertengesprächen - bis zur Entstehung und Verabschiedung des
246 kompletten Berichts in der gesamten Kommission wurde sichtbar, wie die Mitglieder sich den
247 Themen näherten, wie sich gemeinsame und unterschiedliche Positionierungen formten und
248 welches Ergebnis am Ende vorgelegt wurde. Die öffentliche Dokumentation dieser
249 Arbeitsschritte unterschied sich deutlich von vorhergehenden Enquete-Kommissionen, die im
250 Wesentlichen unsichtbar für die breite Öffentlichkeit arbeiteten, und am Ende einen
251 Zwischen- oder Schlussbericht vorlegten, ohne dass hätte mitverfolgt werden können, wie
252 diese Ergebnisse entstanden waren.

253

254 Das Interesse an den Dokumenten auf der Internetseite der Kommission unterlag
255 Schwankungen, war jedoch insgesamt vergleichsweise hoch. Die Zugriffszahlen überstiegen
256 meist die der anderen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und lagen durchschnittlich bei
257 20.000 Zugriffen im Monat.

258 Darüber hinaus wurde ein Forum eingerichtet, welches vor allem am Anfang der
259 Kommissionsarbeit die Möglichkeit bot, die Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische
260 Arbeit einzubeziehen.

261

262 **Die Beteiligungsplattform www.enquetebeteiligung.de**

263

⁶ zum Beispiel der Bereich der Projektgruppe Urheberrecht:
<http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Urheberrecht/index.jsp>

264 Die Kommission beschäftigte sich parallel von Beginn an mit der Entwicklung eines
265 Konzeptes für die Umsetzung des zweiten Teils des Einsetzungsauftrages, der Beteiligung der
266 Bürgerinnen und Bürger. In der Klausurtagung am 16./17. Mai 2010 beschlossen die
267 Mitglieder die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe, die sich mit den Fragen hierzu
268 beschäftigen sollte. Diese Arbeitsgruppe bestand nicht nur aus Kommissionsmitgliedern,
269 sondern auch aus Mitgliedern der Verwaltung und Fraktionsmitarbeitern.

270

271 Diese Online-Arbeitsgruppe entschied sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren für das
272 Beteiligungstool „Adhocracy“.

273 Am 24. Februar 2011 ging die Plattform www.enquetebeteiligung.de online. In
274 Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Verein Liquid Democracy e.V. wurde auf der Basis
275 der Open-Source-Software Adhocracy eine auf die Bedürfnisse der Kommissionsarbeit
276 zugeschnittene Anwendung entwickelt. Später übernahm der Verein auch die Serverkosten für
277 die Anwendung. Zeitweise arbeiteten bis zu 15 ehrenamtliche Mitarbeiter, Programmierer,
278 Entwickler und Projektleiter an der Plattform. Zusammen mit einigen
279 Kommissionsmitgliedern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Enquete-Sekretariats
280 begann der Versuch, die Arbeitsabläufe in der Kommission mit den Erfordernissen der
281 Online-Beteiligung zu verzahnen.

282 In den ersten Tagen und Wochen nach dem Launch der Plattform meldeten sich gut tausend
283 Bürgerinnen und Bürger an, um an dem Experiment teilzunehmen. Die Zahl der
284 Teilnehmenden kletterte bis zum Ende der Enquete auf mehr als 3.250 und blieb damit
285 insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der Besucher lag bei etwa 30.000. Die
286 Anzahl der Aktionen, also der Bewertungen, Textbearbeitungen etc., betrug rund 80.000. Bei
287 den Abstimmungen lagen die Beteiligungszahlen oft im ein- oder zweistelligen Bereich.

288 Zu mehr Übersichtlichkeit trug der Relaunch der Plattform im Dezember 2011 bei. Dabei
289 wurde die so genannte Usability, also die Bedienbarkeit, verbessert. Die Seite wurde
290 übersichtlicher, der Einstieg für erstmalige Nutzer einfacher und die allgemeine
291 Nutzerführung optimiert.

292

293 **Verlauf der Bürgerbeteiligung**

294 Die Textarbeit in den Projektgruppen, die inhaltlich das Herzstück der Enquete bildete, stand
295 zunächst im Zentrum des Beteiligungsprozesses. Gleich zu Beginn hatten die
296 Kommissionsmitglieder mehrheitlich entschieden, auf der Plattform diejenigen Texte zu
297 veröffentlichen, die in der Projektgruppe Konsens gefunden hatten. Der Wunsch einiger
298 Kommissionsmitglieder, dem Vorschlag der Liquid Democracy-Mitarbeiter folgend, bereits
299 im Vorfeld auch noch nicht abgestimmte Texte online zu stellen, wurde nicht berücksichtigt.

300 Mit diesen einvernehmlich erarbeiteten und öffentlich einsehbaren Papieren auf der
301 Beteiligungsplattform veröffentlichte erstmals ein Gremium des Parlaments Arbeitspapiere,
302 die zwar bereits intern zwischen den Fraktionen abgestimmt, aber noch nicht von der
303 Kommission insgesamt verabschiedet worden waren. Diese Veröffentlichung noch in der
304 Arbeitsphase sollte die Beteiligung der Öffentlichkeit auf Augenhöhe möglich machen. Um
305 die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, wurden verschiedene
306 Möglichkeiten ausprobiert.

307 Da sich die Implementierung der Plattform um einige Monate verzögert hatte, war es erst für
308 die zweite und dritte Runde der Projektgruppen möglich, die Öffentlichkeit von Beginn an in
309 den Arbeitsprozess einzubeziehen. Die ersten vier Projektgruppen Netzneutralität,
310 Urheberrecht, Medienkompetenz und Datenschutz, Persönlichkeitsrechte starteten damit in
311 medias res. Anders als in den acht darauffolgenden Gruppen konnte man die Öffentlichkeit
312 zum Beispiel nicht bei der Sammlung der Themen und der Aufstellung des Arbeitsprogramms
313 beteiligen. Die Abläufe mussten erst ausprobiert und angepasst werden.

314 Obwohl die ersten vier Projektgruppen nicht von Beginn an mit den Werkzeugen der
315 Beteiligungsplattform arbeiten konnten, versuchten sie dennoch, die Bürgerinnen und Bürger
316 mit einzubeziehen. Teilweise geschah dies noch mit Hilfe des Forums⁷, später dann auf der
317 Plattform www.enquetebeteiligung.de.

318 Hier bekam jede der zwölf Projektgruppen einen eigenen Bereich. Über den Navigationspunkt
319 „Projektgruppen“ und nach dem Klick auf eins der Enquete-Themen stellte sich die
320 entsprechende Projektgruppe mit einem kurzen, regelmäßig aktualisierten Begrüßungstext
321 vor. Hier wurde auf die aktuellen Möglichkeiten der Beteiligung, auf den Informationsbereich
322 zur Projektgruppe auf der Microsite sowie auf Fristen und Termine hingewiesen.

⁷ s. Kapitel 6 Bericht zur Bürgerbeteiligung der Projektgruppe Urheberrecht, Dritter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, Bundestagsdrucksache 17/7899, S. 102ff

323 Neben dieser Übersicht verwies die Navigation im Bereich der Projektgruppen auf „Papiere“,
324 „Vorschläge“, „Termine“ und „Mitglieder“.

325 Unter „Papiere“ wurden die konsensual durch die Projektgruppen verabschiedeten
326 Arbeitspapiere veröffentlicht. Das Sekretariat stellte diese nach und nach ein, wenn ein Papier
327 in einer Projektgruppensitzung verabschiedet worden war. „Papiere“ wurden
328 dementsprechend nur durch das Sekretariat, nicht aber durch die Nutzerinnen und Nutzer
329 eingestellt.

330 Die Vorschläge der Nutzerinnen und Nutzer konnten im Bereich „Vorschläge“ angelegt
331 werden. Wer einen neuen Vorschlag anlegen, einen bestehenden bewerten oder kommentieren
332 wollte, musste sich mit einem Nutzernamen und einer gültigen E-Mail-Adresse auf der
333 Plattform registrieren. Der Registrierungsprozess dauerte wenige Minuten und war nach dem
334 Klick auf einen Link in einer an die angegebene Adresse verschickten Aufforderung zur
335 Bestätigung abgeschlossen.

336 Unter dem Navigationspunkt „Termine“ waren die Termine der Projektgruppensitzungen mit
337 Tagesordnung sowie weitere Termine angegeben, etwa das Ende einer Beteiligungsfrist.

338 Unter „Mitglieder“ waren die für die Projektgruppe registrierten Nutzerprofile aufgelistet.
339 Hier wurden die Nutzerinnen und Nutzer aufgeführt, die der Projektgruppe durch einen Klick
340 beigetreten waren. Mit der Registrierung waren die Nutzer also nicht automatisch Mitglied
341 jeder Projektgruppe, sondern nur von den Projektgruppen, denen sie aktiv beigetreten waren.

342 Der Registrierungsprozess selbst und das Beitreten einer Projektgruppe dauerte wenige
343 Minuten. Erforderlich war die Angabe eines Nutzernamens und einer gültigen E-Mail-
344 Adresse. Nach dem Klick auf einen Link in einer an die angegebene Adresse verschickten
345 Aufforderung zur Bestätigung war die Registrierung schnell abgeschlossen. Der Beitritt zu
346 einer oder mehreren Projektgruppen war danach jederzeit möglich.

347 Bei der Registrierung wurden bewusst nur wenige Pflichtangaben abgefragt. Auf Wunsch
348 konnte zudem eine Kurzbiografie angelegt werden. Über das persönliche Profil konnten
349 Nutzerinnen und Nutzer optional angeben, ob sie mehr oder weniger Benachrichtigungen
350 erhalten wollten. Möglich war auch der Zugang über eine so genannte OpenID, ein
351 dezentrales Authentifizierungssystem.

352 Registrierte Nutzerinnen und Nutzer gelangten zunächst auf eine personalisierte
353 Übersichtsseite. Hier wurden ihnen aktuelle Vorschläge und Papiere in den Projektgruppen
354 angezeigt, in denen sie Mitglied geworden waren.

355 Zu diesen Projektgruppen konnten sie eigene Vorschläge anlegen, einen bestehenden
356 Vorschlag bewerten oder kommentieren. Außerdem konnten sie Änderungsvorschläge zu den
357 Papieren der Projektgruppen einreichen:

358 Um einen Vorschlag anzulegen, mussten die Nutzer einen Titel eingeben und in einem
359 Textfeld beschreiben, welche Ziele der Vorschlag verfolgt. Dabei war es möglich, den
360 Vorschlag einem Themenbereich innerhalb der Projektgruppe zuzuweisen. Außerdem konnte
361 eine Verknüpfung mit einem Termin hergestellt werden. Dies erfolgte über ein
362 Ausklappmenü. Zudem gab es die Möglichkeit, den Vorschlag mit so genannten Tags, also
363 Suchbegriffen zu verschlagworten. Diese Suchbegriffe wurden auf der Vorschläge-
364 Übersichtsseite angezeigt und erleichterten das Auffinden bereits eingereicherter Vorschläge.

365 Eine weitere Möglichkeit der Mitarbeit war das Einreichen eines konkreten
366 Änderungsvorschlags zu einem bereits durch die Projektgruppe veröffentlichten Papier. Dafür
367 konnte direkt am Papier ein neuer Vorschlag angelegt werden. Auch hier konnten
368 Nutzerinnen und Nutzer die Ziele des Änderungsvorschlages schildern, einen Bereich
369 auswählen, eine Terminverknüpfung herstellen und Schlagworte anlegen. Beim Anlegen eines
370 Vorschlags konnten sie außerdem entscheiden, ob ihr Vorschlag durch Dritte zu bearbeiten
371 sein sollte.

372 Die Vorschläge konnten kommentiert und bewertet werden. Um einen Kommentar zu
373 schreiben, klickten Nutzerinnen und Nutzer an einem Vorschlag oder einem Kommentar auf
374 „antworten“ und formulierten den Kommentar. Zusätzlich gab es die Möglichkeit,
375 Kommentare mit einer Gewichtung („zugunsten“, „neutral“ oder „gegen“) zu versehen.

376 Die Bewertung erfolgte direkt am Kommentar durch das Anklicken eines grünen
377 Pfeilsymbols nach oben oder eines roten Pfeilsymbols nach unten. Das Ergebnis wurde
378 entsprechend angezeigt.

379 Mit diesem System sollten Nutzerinnen und Nutzer in unterschiedlichem Umfang die
380 Möglichkeit zur Beteiligung haben - je nach ihrem Zeitbudget, ihren Interessen und
381 Kenntnissen.

382 Durch den späten Einstieg der ersten Projektgruppen in die Nutzung der
383 Beteiligungsplattform, aber auch durch die Tatsache, dass die Enquete-Kommission für das
384 Experiment Online-Bürgerbeteiligung nicht auf die Erfahrungen anderer Gremien
385 zurückgreifen konnte, verlief der Beteiligungsprozess in jeder Projektgruppe unterschiedlich.
386 Insgesamt haben sich verschiedene Varianten abgezeichnet, wie die Projektgruppen mit den
387 Vorschlägen der Öffentlichkeit umgegangen sind:

- 388 • Wortgenaue Übernahmen in die Handlungsempfehlungen (Beispiel bei
389 Medienkompetenz, wo zwei von zwölf Empfehlungen von der Plattform stammen)
- 390 • Inhaltliche Übernahmen mit Verweis auf die Beteiligungsplattform (Beispiel Bildung
391 und Forschung)
- 392 • Dokumentation der Vorschläge mit beziehungsweise ohne Begründung, warum sie
393 nicht übernommen wurden, als Teil des Berichts oder im Anhang (Beispiele
394 Demokratie und Staat; Urheberrecht)
- 395 • Übernahme der Vorschläge in den Sondervoten (Beispiele Datenschutz,
396 Persönlichkeitsrechte; Netzneutralität)
- 397 • Neue Formen außerhalb der Plattform, Blogparade (Beispiel Kultur, Medien,
398 Öffentlichkeit)

399 Das Experimenthafte zeigte sich auch im laufenden Betrieb der Plattform. Viele Fragen
400 stellten sich erst im Verlauf der Projektgruppenarbeit. So nutzten die ersten Projektgruppen
401 das Prinzip des „Einfrierens“. Dabei waren die Diskussions- und Abstimmungsphase im
402 Beteiligungsprozess deutlich voneinander getrennt. Der Diskussionsstand und die
403 Bewertungen wurden an einem zuvor vereinbarten Termin „eingefroren“, erst danach erfolgte
404 die eigentliche Abstimmung. In der Praxis bewährte sich diese Methode für die Enquete-
405 Projektgruppen nicht, nur wenige Nutzer nahmen teil. Manche empfanden den Ablauf als
406 missverständlich. Später wurde auf diese Phase verzichtet, die Gewichtung wurde durch die
407 Möglichkeit der Zustimmung oder Ablehnung per Klick vorgenommen.

408 Andere Fragen betrafen die Handhabung der Ergebnisse aus den Projektgruppen und gingen
409 sehr ins Detail, etwa beim Einstellen der Papiere der Projektgruppen auf der Plattform. Die
410 Papiere wurden in einer hierarchischen Gliederung angelegt, Unterpapiere erhielten beim
411 Anlegen ein so genanntes Elternpapier, also ein in der Gliederung des Gesamtdokuments
412 vorangehender Abschnitt, um die Gliederungsstruktur sichtbar zu machen. Ziel war es, die
413 konsensualen Papiere unter der im veröffentlichten Arbeitsprogramm angelegten

414 Nummerierung zu veröffentlichen. Fragen ergaben sich etwa, wenn die Projektgruppe im
415 Laufe der Zeit die Struktur ihres Arbeitsprogramms änderte, da eine Umbenennung der
416 veröffentlichten Papiere auf der Plattform nicht möglich war.

417 Schwierigkeiten für eine möglichst nutzerfreundliche Aufbereitung der Papiere ergaben sich
418 auch, wenn das Elternpapier, meist die Einleitung zu einem Thema, noch nicht verabschiedet
419 war, Unterpapiere aber bereits veröffentlicht werden konnten. Bei einigen Projektgruppen
420 wurde deshalb gleich zu Beginn die ganze Struktur des Arbeitsprogramms inklusive
421 Überschriften eingestellt und die zunächst leeren Papiere sukzessive gefüllt. Bei anderen
422 erfolgte das Anlegen der Papiere erst dann, wenn das entsprechende Dokument durch die
423 Projektgruppe konsensual erstellt war. Manchmal wurde es notwendig, Papiere für die
424 Plattform aufgrund ihrer Länge zwecks besserer Lesbarkeit in zwei oder mehr Teile zu teilen.
425 Die Dokumentstruktur der Projektgruppenberichte wurde teilweise vereinfacht, Unterkapitel
426 aus nachgeordneten Gliederungsebenen zusammen in einem Papier veröffentlicht, um die
427 Struktur übersichtlicher zu machen. Fußnoten wurden in den Fließtext eingearbeitet.

428 Um eine bessere Rückmeldung zu ermöglichen, was mit den Vorschlägen der Öffentlichkeit
429 geschehen war, wurde Mitte 2012 die Funktion der so genannten Badges eingeführt. Damit
430 konnten am Ende der Projektgruppenarbeit die einzelnen Vorschläge gekennzeichnet werden,
431 etwa mit dem Begriff „Beraten“, „Angenommen“ oder „Nicht zum Thema“.

432 Für den laufenden Betrieb war wichtig, dass die Projektgruppen die Online-Bürgerbeteiligung
433 jederzeit im Blick behalten und einplanen mussten. Für die einzelnen Beteiligungsschritte
434 mussten ausreichende Fristen eingeplant, für die Beratung der Vorschläge Zeit in den
435 Sitzungen eingeräumt werden. Die Herausforderung lag in der Verzahnung der
436 parlamentarischen Abläufe in den Projektgruppen mit dem Beteiligungsprozess. Dies war für
437 alle Beteiligten eine neue Erfahrung: Für die Mitglieder der Projektgruppe, die die
438 Bürgerbeteiligung mitdenken, für die Bürgerinnen und Bürger, die Verständnis und auch
439 Kenntnisse über die parlamentarischen Prozesse aufbringen und für die Mitarbeiterinnen und
440 Mitarbeiter, die die Verzahnung organisatorisch abbilden mussten.

441 In der Praxis zeigte sich, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger gering war, sich
442 intensiv mit den bereits abgestimmten Texten aus der Projektgruppe zu befassen. Es wurden
443 kaum Textänderungen für die Papiere vorgeschlagen beziehungsweise Ergänzungen verfasst.

444 Allerdings wurden die hinterlegten Texte offensichtlich genutzt, um sich über den Stand der
445 Beratungen zu informieren.

446 Dies konnte man insbesondere an den eingereichten Vorschlägen erkennen, die in vielen
447 Fällen über die in den Texten behandelten Themen hinausgingen. Die Zahl der Vorschläge
448 reichte von neun für die Projektgruppe Internationales und Internet Governance bis 81 für die
449 Projektgruppe Demokratie und Staat. Für letzteres Thema war das Interesse der digitalen
450 Öffentlichkeit besonders groß. Hier gingen nicht nur die meisten Vorschläge ein, sondern
451 wurden auch die meisten Papiere eingestellt und Diskussionen geführt. Mehrere
452 Projektgruppenmitglieder und der Vorsitzende wiesen mehrmals auf Twitter und in ihren
453 Blogs auf die Teilnahmemöglichkeiten zu diesem Thema hin.

454 Die Bereitschaft der Mitglieder, die Plattform zu bewerben, war unterschiedlich ausgeprägt.
455 Einige engagierten sich über das übliche Maß hinaus und nutzten in ihren öffentlichen
456 Auftritten auch außerhalb des Bundestages die Gelegenheit, auf das Experiment hinzuweisen,
457 andere taten dies wenig oder unterließen es ganz. Dies spiegelte in etwa den Stellenwert
458 wider, den die Online-Bürgerbeteiligung bei den einzelnen Mitgliedern hatte. Zwar waren
459 sich die Mitglieder im Grundsatz einig, sich für den Versuch einzusetzen. Die Bereitschaft,
460 die Beiträge der Plattform in die eigene Arbeitsabläufe einzubinden, war jedoch
461 unterschiedlich ausgeprägt. Manche versuchten, die Bürgerbeteiligung stets mit zu denken,
462 andere waren dazu nur wenig oder nicht bereit.

463 Es war für die parlamentarischen Abläufe insgesamt nichts Neues, inhaltliche Beiträge von
464 außen in den Meinungsbildungsprozess mit einzubinden. Dies geschah und geschieht seit
465 jeher über die Interessenvertretungen, über die Sprechstunden in den Wahlkreisen, über
466 Institutionen und Verbände. Das Parlament verfügt bereits über ein äußerst großes und
467 engmaschiges Netzwerk, das dazu beiträgt, dass Informationen von außen in die
468 parlamentarischen Beratungen einfließen können. So war die Herausforderung für jeden
469 Einzelnen groß, in die meist bewährten Abläufe kontinuierlich einen weiteren Akteur, die
470 Öffentlichkeit, zu integrieren und Zeitfenster für die Beteiligung offen zu halten.

471 Ziel war es, eine Beteiligung zeitnah und kontinuierlich zu ermöglichen, ohne die Abläufe
472 unnötig in die Länge zu ziehen oder komplizierter zu machen. Es zeigte sich, dass dies
473 unterschiedlich gut gelang. Je kontinuierlicher die Beteiligung „mitgedacht“ wurde, desto

474 geräuschloser und effizienter gelang die Integration. Gab es innere oder äußere Widerstände
475 gegen die Online-Bürgerbeteiligung, wurde auch der Prozess mühselig und wenig effizient.

476 Für alle Beteiligten war es ungewohnt, die Beiträge von außen in die eigenen Überlegungen
477 mit einfließen zu lassen. Wie oben geschildert gab es dafür weder etablierte Strukturen noch
478 zeitliche Freiräume. Meist wurden die zusätzlichen Beiträge zwar als ein Zugewinn an
479 Informationen betrachtet, den man würdigen sollte. In der Praxis jedoch erhöhte die
480 Bürgerbeteiligung den Aufwand an Abstimmung und Informationsdichte, die bei zwölf sehr
481 unterschiedlichen Themenfeldern ohnehin groß war. Besonders am Ende der Enquete-
482 Laufzeit, als die Zeit stets knapper wurde, wurde auch die Bereitschaft geringer, sich intensiv
483 mit den Beiträgen aus der Öffentlichkeit auseinander zu setzen. Andererseits gab es
484 Projektgruppen wie Kultur, Medien, Öffentlichkeit, die sich über die Beteiligungsplattform
485 hinaus neue Formen der Bürgerbeteiligung ausprobierte und eine erfolgreiche Blogparade
486 initiierte.

487 Eine Erweiterung erfuhr die Bürgerbeteiligung durch die Möglichkeit für Verbände und
488 Interessengruppen, ihre Positionen öffentlich über die Beteiligungsplattform in die Arbeit der
489 Enquete einzubringen. Dies nutzten bekannte Organisationen wie der BUND oder ein
490 etablierter Schulbuchverlag genauso wie eher kleinere Bürgerinitiativen, die ansonsten über
491 keinen direkten, bereits etablierten Zugang zum Parlament verfügten.⁸

492 Im Ergebnis blieb die Online-Beteiligung zwar zahlenmäßig hinter den Erwartungen zurück.
493 Die Qualität der Beiträge war hingegen oft sehr hoch. Es gab wenig so genannte Off-Topic-
494 Beiträge. Ein Eingreifen der Moderatoren wurde nicht notwendig.

495 Wie die Projektgruppen im Einzelnen mit den Vorschlägen der interessierten Öffentlichkeit
496 verfahren sind und welche inhaltlichen Anregungen sie nutzen konnten, zeigt der folgende
497 Abschnitt.

498

499 **Ergebnisse der einzelnen Projektgruppen:**

500 **Medienkompetenz**

⁸ siehe Vorschläge auf der Plattform

501 Fast acht Monate nach dem Start der Beteiligungsplattform erschien bereits der erste
502 inhaltliche Zwischenbericht der Internet-Enquete zum Thema Medienkompetenz.⁹ Die
503 Kommission hatte sich in dem Bericht auf zwölf gemeinsame Handlungsempfehlungen
504 einigen können. Darunter fanden sich zwei, die über die Plattform eingereicht worden waren.
505 Die erste Empfehlung betraf die „Förderung des Peer-to-Peer-Lernens“, bei der Orte und
506 Strukturen gefordert werden, damit Gleichaltrige voneinander lernen können.¹⁰ Der Vorschlag
507 wurde wortgleich von der Online-Plattform in die Drucksache übernommen. Er war von
508 einem Mitarbeiter des JFF Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis eingestellt
509 worden und hatte in der Online-Diskussion überwiegend Zustimmung erfahren: „ja, genau
510 das! Der Vorschlag greift mit seinem peer-to-peer-Ansatz sehr schön ein wesentliches Prinzip
511 pädagogischer Arbeit auf. Der Bildungsbegriff "informell/formell" macht die Bandbreite der
512 Lernprozessen deutlich.“¹¹ Allerdings gab es auch Kritik: „Ich bräuchte da mal ne
513 Arbeitsdefinition von "peer-to-peer-Lernen". Und ist intensives, eigenständiges,
514 selbstgesteuertes, interessengeleitetes Handeln in sozialen Netzen nicht genau das, was die
515 Kinder so am Nachmittag machen?? Also einfach Schulstunden reduzieren und die Kinder
516 mit `nem Haufen Technik allein lassen?“¹²

517 Die zweite, wortgleich übernommene Handlungsempfehlung „Computerspielpädagogik als
518 Aufgabe der Medienpädagogik“¹³ stammt ebenfalls von einem professionellem Akteur, der
519 AG Computerspiele und Pädagogik des Kongresses „Keine Bildung ohne Medien“¹⁴. Die
520 Empfehlung enthält die Forderung nach der Einbeziehung von Computerspielen in die
521 Medienpädagogik, da diese „Bestandteil der konvergenten Medienwelt und unserer Kultur“
522 seien.¹⁵ Der eingebrachte Vorschlag enthält noch drei weitere Absätze, die nicht in die
523 Handlungsempfehlung der Kommission übernommen wurden. Damit unterstrichen die
524 Projektgruppenmitglieder, dass sie letztlich die Entscheidung darüber fällten, was und in
525 welcher Form in die Handlungsempfehlung übernommen wurde.

526 **Urheberrecht**

⁹ vergl. Bundestagsdrucksache 17/7286 vom 21.10.2011

¹⁰ ebd., S.35

¹¹ User „Querdenken“, zitiert nach: https://medienkompetenz.enquetebeteiligung.de/proposal/516-F%C3%B6rderung_des_peertopeer_Lernens vom 30.11.2012

¹² User „cschön“, zitiert nach ebda., vom 30.11.2012

¹³ vgl. Bundestagsdrucksache 17/7286 vom 21.10.2011, S. 35f

¹⁴ <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de>

¹⁵ vgl. https://medienkompetenz.enquetebeteiligung.de/proposal/530-Handlungsempfehlung_Computerspielp%C3%A4dagogik

527 Die Projektgruppe Urheberrecht nutzte zunächst das Forum, um Fragen der Bürgerinnen und
528 Bürger für die öffentliche Anhörung „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen
529 Gesellschaft“ am 29. November 2010 zu sammeln. Von den 15 gezielten Fragen an die
530 Experten wurden schließlich vier während der Anhörung gestellt.¹⁶

531 Nachdem ab dem 24. Februar 2011 die Beteiligungsplattform genutzt werden konnte, stellte
532 die Projektgruppe alle ihre Texte ein und gab sie zur Bearbeitung frei. Dazu wurden 19
533 Vorschläge gemacht. In einer zweiten Phase gab es die Möglichkeit, eigene
534 Handlungsvorschläge einzubringen. Dies wurde elf Mal genutzt, sodass der Projektgruppe am
535 Ende der zweiten Beteiligungsphase 30 Vorschläge vorlagen, von denen 28 einen direkten
536 Bezug zu den von der Gruppe diskutierten Themen aufwies. Zwar wurden diese ausführlich
537 diskutiert und fanden inhaltlich an vielen Stellen Niederschlag in den später vorgelegten
538 Texten. Allerdings wurde keine der Bürger-Empfehlungen wortgleich übernommen.

539 **Netzneutralität**

540 Anfang Februar 2012 erschien der dritte inhaltliche Zwischenbericht der Enquete-
541 Kommission zum Thema Netzneutralität.¹⁷ Er enthält ebenfalls ein eigenes Kapitel zur
542 Bürgerbeteiligung¹⁸, in dem der Verlauf des Beteiligungsprozesses geschildert wird. In der am
543 4. Oktober 2010 durchgeführten Anhörung wurden unter anderem zuvor im Forum
544 gesammelte Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Sie betrafen die Klärung des in der
545 breiten Öffentlichkeit noch nicht gebräuchlichen Begriffs der Netzneutralität, die Gefahr der
546 künstlichen Marktverknappung und die Akteure beim Netzwerkmanagement.

547 Zudem probierte die Projektgruppe auf der Online-Beteiligungsplattform ein formelles
548 Abstimmungsverfahren aus, um zu ermitteln, welche Texte die meiste Zustimmung fänden.
549 Doch das recht komplexe Verfahren, in denen es festgelegte Abstimmungsphasen, so
550 genannte Einfrier-Phasen und Ruhephasen gab, stieß nur auf geringes Interesse, so dass es
551 zugunsten eines einfacheren Verlaufs aufgegeben wurde.

552 Während einer zweiten Phase der Bürgerbeteiligung rief die Projektgruppe schließlich dazu
553 auf, auf der Beteiligungsplattform Vorschläge für Handlungsempfehlungen zu machen. Die

¹⁶ vgl. Dritter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“: Urheberrecht. S.103 Bundestagsdrucksache 17/7899

¹⁷ Vierter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“: Netzneutralität. Bundestagsdrucksache 17/8536

¹⁸ ebd. S. 34ff

554 acht eingereichten Vorschläge wurden im Zwischenbericht „Netzneutralität“ im Wortlaut
555 dokumentiert. Keiner der Vorschläge hatte eine Mehrheit der Projektgruppe gefunden.
556 Allerdings hatten auch die in der Gruppe erarbeiteten Handlungsempfehlungen in der
557 Enquete-Sitzung vom 17. Oktober 2011 keine Mehrheit erhalten, so dass es bei der
558 Dokumentation von Sondervoten bei den Handlungsempfehlungen blieb. So spiegelte sich die
559 kontroverse Debatte in der Kommission in den ebenso kontrovers diskutierten
560 Handlungsempfehlungen auf der Plattform.

561 Unter den acht Vorschlägen für Handlungsempfehlungen, die auf der Beteiligungsplattform
562 eingereicht worden waren, gab es einen, mit dem sich die Projektgruppe besonders intensiv
563 beschäftigte, weil er den Kern der Diskussionen um die Netzneutralität berührte: Der
564 Vorschlag „Nutzerseitige Differenzierung der Netzqualität ist zulässig“¹⁹ sorgte für rege
565 Debatten, sowohl off- wie auch online. Erstmals verschränkten sich die beiden Ebenen, als ein
566 Sachverständiger sich sowohl online, als auch in der Sitzung der Projektgruppe an den
567 Diskussionen beteiligte. Schließlich entschied sich die Projektgruppe mehrheitlich dafür, ihre
568 Sichtweise zu dem Vorschlag in einem eigenen Absatz des Zwischenberichts ausführlich zu
569 erläutern.²⁰

570 **Datenschutz, Persönlichkeitsrechte**

571 Die Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte probierte ebenfalls drei verschiedene
572 Varianten der Bürgerbeteiligung aus: Da die Beteiligungsplattform zu Beginn der Arbeit noch
573 nicht zur Verfügung stand, stellte sie den Bürgerinnen und Bürgern zunächst zum sehr
574 streitigen Thema *Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen*
575 *Daten* fünf Fragen im Forum.²¹ Vom 20. Dezember 2010 bis 9. Januar 2011 konnten
576 Antworten gegeben werden. Am Ende lagen 63 Beiträge vor, mit denen sich die
577 Projektgruppe in ihrer Sitzung am 17. Januar 2011 ausführlich auseinandersetzte. Viele der
578 angeführten Gesichtspunkte fanden sich später in den Texten der Projektgruppe wieder, zum
579 Beispiel zur Frage der Transparenz und der Durchsetzbarkeit von nationalen
580 Datenschutzregelungen.²²

¹⁹ ebd., S.37

²⁰ ebd., S.29f

²¹ Fünfter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“: Datenschutz, Persönlichkeitsrechte vom 15.03.2012, S. 87

²² vgl. ebd., S.87f

581 Als die Beteiligungsplattform Anfang Februar 2011 online ging, wurden auch die Texte zum
582 Datenschutz eingestellt. Allerdings machten nur wenige Nutzer von der Möglichkeit
583 Gebrauch, darüber zu diskutieren, die Texte zu ergänzen oder zu bearbeiten. Diese Erfahrung
584 machten im Verlauf der Online-Beteiligung nahezu alle Projektgruppen. Die Möglichkeit, an
585 den Texten selbst zu arbeiten, wurde kaum genutzt.

586 Auf die dritte Variante der Bürgerbeteiligung - der Möglichkeit, eigene Vorschläge zu
587 hinterlegen - gab es hingegen mehr Resonanz. Um die Beteiligung zu erleichtern, wurde dafür
588 systemseitig auf formalisierte Abstimmungen verzichtet. Zwischen dem 20. April 2011 und
589 dem 17. Mai 2011 gab es die Möglichkeit, Handlungsempfehlungen vorzuschlagen.
590 Insgesamt haben 119 Online-Mitglieder 32 Vorschläge eingereicht und 73 Kommentare dazu
591 verfasst. Von den 32 Vorschlägen wiesen 25 einen oft direkten Bezug zu den später von der
592 Projektgruppe vorgelegten Empfehlungen auf.²³ Zwei Vorschläge wurden in das gemeinsame
593 Sondervotum der Oppositionsparteien und einiger Sachverständiger übernommen.²⁴

594 **Bildung und Forschung**

595 Die Projektgruppe Bildung und Forschung entschied sich, während der neunmonatigen
596 Laufzeit der Gruppe von September 2011 bis Juni 2012 Vorschläge für
597 Handlungsempfehlungen einzusammeln. In einer Klausurtagung am 2. März 2012 wurden die
598 36 Vorschläge diskutiert.²⁵ Man entschied sich alle Vorschläge im Anhang des Berichtes zu
599 dokumentieren. Keiner der Vorschläge wurde im Wortlaut übernommen. Allerdings
600 entsprachen einige inhaltlich den Überlegungen aus der Projektgruppe, zum Beispiel der
601 Vorschlag für den freien Zugang zu öffentlich finanziertem Wissen (Open Access) oder
602 verbesserte Regelungen im Urheberrecht für Bildungsmedien.²⁶

603 **Zugang, Struktur, Sicherheit im Netz**

604 Seit April 2011 war es möglich, online an der Arbeit der Projektgruppe Zugang, Struktur,
605 Sicherheit im Netz teilzunehmen, obwohl sich die Mitglieder erst am 5. September zur
606 konstituierenden Sitzung trafen. Die bis dahin eingegangenen neun Beiträge konnten in die

²³ vgl. ebd., S.88

²⁴ vgl. ebd., S.84, Fußnote 362 und 364

²⁵ Tagesordnung der Klausurtagung am 2. März 2012

http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Bildung_und_Forschung/PGBuF_2012-03-02/PGBuF_2012-03-02_Tagesordnung.pdf

²⁶ Fußnote mit Bericht Bildung&Forschung einfügen

607 sechs Themenfelder eingeordnet werden, die die Projektgruppe bearbeiten wollte. Bereits in
608 der Sommerpause hatte der Vorsitzende der Projektgruppe, der Sachverständige Harald
609 Lemke, auf dem Blog der Enquete Bürgerinnen und Bürger eingeladen, online an der
610 Projektgruppenarbeit mitzuwirken. Nach der ersten Sitzung wurde das Arbeitsprogramm auf
611 der Beteiligungsplattform veröffentlicht. Weitere 20 themenrelevante Vorschläge gingen
612 daraufhin ein. Die Projektgruppe stellte nach einer Prüfung fest, dass alle angesprochenen
613 Themen der Bürgerinnen und Bürger in den konsensualen Texten der Projektgruppe
614 widerspiegelt wurden, auch wenn nicht alle Schlussfolgerungen übereinstimmten. Man
615 entschloss sich, die Vorschläge aus der Beteiligungsplattform vollständig im Bericht zu
616 dokumentieren.

617 **Demokratie und Staat**

618 Die Projektgruppe Demokratie und Staat bezog die Bürgerinnen und Bürger in besonders
619 intensiver Weise in ihre Arbeit mit ein und stieß damit auch auf die größte Resonanz im
620 Vergleich zu den anderen Projektgruppen. Bereits vor Start der Arbeitssitzungen fragte die
621 Gruppe auf der Beteiligungsplattform nach Anregungen zur Zusammenstellung eines
622 Themenkataloges. Noch vor der konstituierenden Sitzung der Projektgruppe am 6. Juni 2011
623 wurden die Bürger-Anregungen gesichtet und mit den Vorschlägen aus den Reihen der
624 Mitglieder zusammengeführt.²⁷

625 In einem zweiten Schritt stellte die Projektgruppe nach und nach alle erarbeiteten Papiere auf
626 der Online-Plattform ein und gaben sie zur Bearbeitung frei. Am 19. März 2011 führte sie
627 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Strukturwandel der politischen Kommunikation und
628 Partizipation“ durch, für die auf der Beteiligungsplattform Fragen gesammelt wurden. Sechs
629 der Fragen wurden den anwesenden externen Sachverständigen gestellt. Darunter waren
630 grundsätzliche Überlegungen, wie die Frage nach der Abgrenzung von Partizipationsformen
631 im Rahmen der repräsentativen Demokratie oder nach der Verbindlichkeit von
632 Bürgerbeteiligung.

²⁷ vgl. Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat, Ausschussdrucksache
17(24)59, S.1.

http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_059_PGDUS_Buergerbeteiligung.pdf

633 Im Laufe der Arbeit registrierten sich mehr als 1.000 Bürger als Online-Mitglieder der
634 Projektgruppe und gaben knapp 900 Kommentare ab.²⁸ Insgesamt 81 Vorschläge wurden von
635 Bürgerinnen und Bürgern unterbreitet. Am Ende erfolgte ein Aufruf, Vorschläge für
636 Handlungsempfehlungen zu machen.²⁹ Die zehn von der registrierten Community am besten
637 bewerteten Vorschläge wurden in zwei Projektgruppensitzungen diskutiert und im Bericht der
638 Projektgruppe im Wortlaut dokumentiert. Zu jedem der zehn gab es eine kurze Stellungnahme
639 und die Rückmeldung, was mit dem Vorschlag geschehen war. Letztlich schafften es zwei der
640 zehn Vorschläge, inhaltlich in die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe übernommen
641 zu werden. Der erste lautete „Transparenz schaffen durch Open Data“³⁰ und wurde
642 weitgehend übernommen. Insbesondere die Anregung, die Handlungsempfehlung mit dem
643 Hinweis auf die 10 Open-Data Prinzipien der Sunlight Foundation zu versehen, stammt aus
644 der Bürgerempfehlung,³¹ die von einem einzelnen Bürger und nicht von einer Institution
645 eingebracht worden war.

646 Die zweite Empfehlung, die in den offiziellen Katalog der Handlungsempfehlungen
647 aufgenommen wurde, betraf die Offenlegung der Jahresabschlüsse von Städten, Gemeinden
648 und Kommunen im Internet. Dazu heißt es in der Stellungnahme der Projektgruppe:

649 *„In vielen Ländern und Gemeinden, in denen bereits nach dem Neuen Kommunalen*
650 *Finanzmanagement bilanziert wird, bestehen bereits entsprechende gesetzliche Regelungen*
651 *zur Veröffentlichung. Die Projektgruppe hat sich schließlich für die Aufnahme einer eigenen*
652 *Handlungsempfehlung für die Offenlegung der Jahresabschlüsse entschieden.“³²*

653 Auch aus den anderen acht Handlungsempfehlungen, die im Bericht dokumentiert wurden,
654 sind Teile übernommen worden, wie die Forderungen nach einer grundsätzlichen
655 Ausstrahlung von öffentlichen Ausschusssitzungen und Anhörungen des Deutschen

²⁸ <https://demokratie.enquetebeteiligung.de/instance/demokratie>

²⁹ Berichte aus den Projektgruppensitzungen...

³⁰ vgl. Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat, Ausschussdrucksache 17(24)59, S.4

http://www.bundestag.de/internet/enquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_059_PGDUS_Buergerbeteiligung.pdf

³¹ https://demokratie.enquetebeteiligung.de/proposal/25-Transparenz_f%C3%B6rdern_durch_Open_Data

³² Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat, Ausschussdrucksache 17(24)59, S.12

656 Bundestages im Internet, wobei der Maximalforderung, *alle* Sitzungen zu streamen, nicht
657 gefolgt wurde.³³

658 **Kultur, Medien, Öffentlichkeit**

659 Teilweise ganz neue Wege der Bürgerbeteiligung ging die Projektgruppe Kultur, Medien,
660 Öffentlichkeit, die unter den letzten vier Projektgruppen erst Mitte 2012 gestartet war. Sie
661 konnte sich dabei bereits auf die Erfahrungen der vorangegangenen stützen, bei den deutlich
662 geworden war, dass das Interesse der Öffentlichkeit an der teils kleinteiligen Textarbeit gering
663 gewesen war. Das zeigte auch das Experiment der Textwerkstatt, das darauf verzichtet hatte,
664 bereits abgestimmte Texte einzustellen und statt dessen die Bürgerinnen und Bürger einlud,
665 ein ganzes Kapitel zu schreiben. Themen waren: „Kunst digital“ und „Öffentliche Räume am
666 Rande des Netzes“. Die Resonanz darauf blieb mit vier Vorschlägen gering.

667 Deutlich erfolgreicher war der Aufruf einer Sachverständigen im Blog der Internet-Enquete,
668 sich an einer so genannten Blogparade zum Thema „Benimmregeln im Netz“ zu beteiligen.
669 Dabei war bereits zu Beginn in Aussicht gestellt worden, dass alle entstehenden Texte im
670 Bericht der Projektgruppe dokumentiert würden. Bei einer Blogparade schreiben
671 professionelle oder nebenberufliche Blogger zu einem vorgegebenen Thema einen Beitrag.
672 Auf diese Art und Weise entsteht eine Serie von Texten, die sich unter verschiedenen
673 Blickwinkeln mit einem Thema befassen. Sowohl was die Qualität der Texte anging, als auch
674 die Anzahl der eingereichten Beiträge, konnte die Projektgruppe den Versuch als Erfolg
675 werten. Zwölf Texte wurden schließlich im Bericht der Gruppe dokumentiert.³⁴

676 **Verbraucherschutz**

677 Die Projektgruppe Verbraucherschutz tagte als eine der letzten Projektgruppen der Enquete-
678 Kommission insgesamt nur sechs Monate. Obwohl die Zeitfenster für eine Bürgerbeteiligung
679 knapp bemessen waren, wurde die Öffentlichkeit einbezogen und nach Vorschlägen für
680 Handlungsempfehlungen gefragt.

681 Es gingen 19 Vorschläge und Anregungen aus der Öffentlichkeit ein, die in die Überlegungen
682 der Projektgruppe einbezogen wurden. Zu diesen Vorschlägen sind 21 Kommentare

³³ vgl. Handlungsempfehlungen der Projektgruppe Demokratie und Staat,
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_063_PGDUS_HE.pdf S.8

³⁴ Drucksachennnummer liegt noch nicht vor.

683 eingegangen und 154 Bewertungen abgegeben worden. Die Projektgruppe hat alle Vorschläge
684 nochmals gesichtet, sich aber aus verschiedenen Gründen gegen die unmittelbare Übernahme
685 in die Handlungsempfehlungen entschieden. So konnten einzelne Vorschläge durch die
686 zwischenzeitliche Entwicklung in der Gesetzgebung als weitgehend überholt angesehen
687 werden, waren bereits detailliert in anderen Zwischenberichten behandelt worden oder wiesen
688 einen nur mittelbaren Bezug zum Themenkreis der Projektgruppe auf.

689 **Wirtschaft, Arbeit, Green IT**

690 Die Projektgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT übernahm für ihr Arbeitsprogramm sechs
691 Vorschläge aus der Beteiligungsplattform, zum Beispiel die Themen "Grundlagen für
692 Pseudonymität in Geschäftsprozessen schaffen"³⁵ oder "Welche Markteintrittsbarrieren hat
693 ein Internet-Startup in Deutschland?"³⁶ Letzteres stieß auf viel Resonanz in der Projektgruppe
694 und steht – wie auch der Vorschlag „Stärkung des Wachstumskapitals“ thematisch im
695 Zusammenhang mit dem in Auftrag gegebenen Gutachten "Venture Capital und weitere
696 Rahmenbedingungen für eine Gründungskultur".³⁷

697
698 Insgesamt wurden mindestens sieben der Themen, die in den insgesamt 21 Vorschlägen aus
699 der Öffentlichkeit angesprochen wurden, im Bericht und in den Handlungsempfehlungen der
700 Projektgruppe aufgegriffen. So wurden die in dem Bürgervorschlag "Anpassung der
701 Sozialsysteme an den neuen Arbeitsmarkt" angesprochenen Fragestellungen im Kapitel 2.5
702 "Sozialer Strukturwandel und soziale Sicherungssysteme" erörtert und weitergehend in den
703 Sondervoten aufgegriffen.³⁸ Verschiedene der in dem Vorschlag "Intelligente
704 Verkehrssteuerung in urbanen Lebensräumen" enthaltenen Aspekte fanden Eingang in das
705 Kapitel 3.1.2 "IT als Querschnittstechnologie". Zur Frage intelligenter Verkehrssteuerung gibt
706 es darüberhinaus auch eine Handlungsempfehlung in Kapitel 4.3.6. Zudem wurde der
707 Vorschlag im Gutachten zu Green IT (dort etwa in Kapitel 5.3 Smart Mobility und Logistics)
708 thematisch aufgegriffen.

709

³⁵ https://wirtschaft.enquetebeteiligung.de/proposal/826-Grundlagen_f%C3%BCr_Pseudonymit%C3%A4t_in_Gesch%C3%A4ft

³⁶ https://wirtschaft.enquetebeteiligung.de/proposal/834-Welche_Markteintrittsbarrieren_hat_ein_I

³⁷ http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Wirtschaft_Arbeit_Green_IT1/PGWAG_2012-10-22/PGWAG_2012-10-22_GutachtenFraunhoferVC.pdf

³⁸ s. Entwurf Zwischenbericht (endgültige Version ist noch nicht online)

http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_057_PGWAG_Zwischenbericht.pdf

710 **Interoperabilität, Standards, Freie Software**

711 Die Projektgruppe Interoperabilität, Standards, Freie Software konstituierte sich am 11. Juni
712 2012 und behandelte damit eines der letzten vier Themen der Enquete-Kommission. Mit
713 Beginn der Arbeit registrierten sich auf der Beteiligungsplattform 178 Online-Mitglieder, von
714 denen 17 insgesamt 30 Handlungsempfehlungen einreichten³⁹. Diese wurden im Bericht
715 vollständig dokumentiert, fanden aber nicht die mehrheitliche Zustimmung der Projektgruppe.
716 Zu den Vorschlägen wurden 243 Bewertungen und 74 Kommentare abgegeben. Zuvor waren
717 die Texte in der letzten Projektgruppensitzung diskutiert worden. Dabei wurde das
718 Engagement der Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich gewürdigt.

719 **Internationales, Internet Governance**

720 Die Projektgruppe Internationales und Internet Governance konstituierte sich am 11. Juni
721 2012 und behandelte damit ebenfalls eines der letzten Themenfelder der Enquete-
722 Kommission. Insgesamt registrierten sich 79 Online-Mitglieder auf der
723 Beteiligungsplattform.⁴⁰ Zum Arbeitsbereich der Projektgruppe wurden neun Vorschläge
724 eingebracht, die sich unter anderem auf inhaltliche Schwerpunkte bezogen, die bereits in
725 anderen Projektgruppen der Kommission behandelt wurden, aber nun vor allem mehr
726 Engagement auf internationaler Ebene in diesen Fragen forderten, zum Beispiel in Bezug auf
727 Netzneutralität oder Standards zum Datenschutz. Darüber hinaus thematisierten zwei
728 Vorschläge auch die Rolle des Internets bei der Sicherung der Menschenrechte. Zu den
729 Vorschlägen wurden 37 Bewertungen und 8 Kommentare abgegeben. Alle eingegangenen
730 Vorschläge wurden im Bericht der Projektgruppe dokumentiert.

731

732 **V Nachlese der Sachverständigen**

733

734 Die besondere Arbeitsweise einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, bei der 17
735 gewählte Abgeordnete und 17 Experten sich für einen begrenzten Zeitraum gemeinsam
736 intensiv einem Thema widmen und Vorschläge für politisches Handeln erarbeiten, macht es
737 möglich, dass das Parlament wertvolles Wissen als Grundlage für anstehende Entscheidungen

³⁹ <https://standards.enquetebeteiligung.de/instance/standards>

⁴⁰ <https://governance.enquetebeteiligung.de/instance/governance>

738 generieren kann. Umgekehrt bekommen jedoch die Sachverständigen als Außenstehende oft
739 erstmals einen tiefen Einblick in das Innere des parlamentarischen Geschehens. Als
740 Mitglieder der Kommission sind sie den Abgeordneten nahezu gleichgestellt, nehmen an
741 internen Sitzungen der Fraktionen teil und sind in alle parlamentarischen Abläufe
742 eingebunden. Sie stoßen dabei auf Verfahrensweisen, die in mehr als 60 Jahren
743 demokratischer Tradition in Deutschland entstanden sind und sich bewährt haben.

744

745 Während der Arbeit in den zwölf Projektgruppen der Enquete-Kommission Internet und
746 digitale Gesellschaft war den Abgeordneten und Sachverständigen jedoch bewusst, dass die
747 Folgen der digitalen Veränderung der Gesellschaft auch vor dem Deutschen Bundestag nicht
748 haltmachen. Nicht zuletzt deshalb ging die Kommission oft neue Wege und stellte bisherige
749 Abläufe und Arbeitsweisen infrage.

750

751 Für die Sachverständigen waren die drei Jahre in der Enquete-Kommission nicht selten mit
752 einem Rollentausch verbunden: Sie wurden vom Beobachtenden zur politischen Akteurin,
753 zum politischen Akteur. Dies ermöglichte die Erfahrung, das parlamentarische Geschehen
754 zugleich als Beobachter und Akteur zu erleben. Darüber zu berichten, um weiter gehende
755 Erkenntnisse für die Parlamentsarbeit ziehen zu können, war der Beweggrund für die
756 folgenden Interviews und Texte, die von November 2012 bis Januar 2013 entstanden sind. Sie
757 enthalten eine persönliche Nachlese der Sachverständigen, die von drei Leitfragen
758 strukturiert ist: Welche Erwartungen an die Arbeit in der Enquete-Kommission haben sich
759 erfüllt, welche nicht? Welche Erfahrungen wurden gemacht? Was sind die wichtigsten
760 Ergebnisse?

761

762

763

764

765

766

767

768 **V.1.1 Dr. Wolf Osthaus: Entscheidungen für die Zukunft vorbereitet**

769

770 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
771 **nicht?**

772

773 Die Enquete ist mit einem sehr breiten Arbeitsauftrag im Einsetzungsantrag angetreten. Der
774 Umfang der Themenliste spiegelte den Umstand, dass das Internet inzwischen fast alle
775 Lebensbereiche durchdringt und gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Grundlagen
776 wesentlich verändert. Es ist allein schon beachtlich, dass es gelungen ist, den Großteil der im
777 Einsetzungsantrag genannten Punkte in strukturierter Form abzuarbeiten.

778

779 Das Ergebnis dieser Arbeit sind dabei nicht immer spektakuläre Handlungsempfehlungen und
780 nicht einmal überall dezidierte Lösungsvorschläge. An mancher Stelle liegt der eigentliche
781 Wert in der umfangreichen und ausgewogenen Aufbereitung der Themen, dem Aufzeigen der
782 wesentlichen Aspekte und ihrer Zusammenhänge. Die Ergebnisse der Enquete bieten so eine
783 Grundlage als Vorbereitung späterer politischer Entscheidungen.

784

785 Von großem Vorteil war hierfür, dass die – mit 34 Mitgliedern ziemlich große – Kommission
786 so heterogen besetzt war. Diese Vielfalt erlaubte es, Themen aus ganz verschiedenen
787 Perspektiven zu betrachten, sie in ihrer Komplexität herauszuarbeiten und Verzahnungen mit
788 anderen Fragen deutlich zu machen. So entstand zu vielen Fragen eine gute Basis für
789 kommende politische Diskussionen. Der Ausgang dieser Diskussionen, die Entscheidung über
790 das Ob und Wie staatlichen Handelns bleiben damit aber der demokratischen
791 Beschlussfassung in der Zukunft überlassen.

792

793 Im Arbeitsprozess der Kommission war nicht das Enquete-Plenum das zentrale Element; es
794 beschränkte sich zunehmend auf den eher formalen Akt der Verabschiedung von Texten. Für
795 eine detaillierte, tiefe Auseinandersetzung mit Einzelthemen war das Gremium zu groß – und
796 auch die stärkere öffentliche Wahrnehmung nicht unbedingt hilfreich.

797

798 Die große Qualität der Diskussionen in den Projektgruppen zeigte hingegen, dass die
799 Entscheidung richtig war, die Arbeit nach Themengebieten aufzuteilen und dafür viele
800 einzelne Teilberichte in Kauf zu nehmen. So war eine fokussierte Arbeit und eine in die Tiefe
801 gehende Darstellung möglich, zu der gerade auch die Sachverständigen mit ihren jeweiligen
802 Schwerpunkten wesentlich beitragen konnten. Vor allem erlaubte das Fehlen von Kameras
803 und direkter Live-Berichterstattung in den Projektgruppen eine sehr viel ausgewogenere
804 Diskussion, mehr Offenheit und mehr gegenseitiges Zuhören, weil gerade für die Politiker der
805 Druck entfiel, selbst immer gleich schon eine Position zu haben.

806

807 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

808

809 Dank der vielfältigen Hintergründe der anderen Kommissionsmitglieder, gerade auch der
810 Sachverständigen, habe ich viele inhaltliche Anregungen aus den Sachdiskussionen zu den
811 verschiedenen Themen mitgenommen. Ich habe also ganz schlicht in der Sache viel gelernt.

812

813 Neben der inhaltlich-substanziellen Dimension war die unmittelbare Erfahrung politischer
814 Prozesse spannend. Man erlebte die Zwänge, aber auch den Nutzen einer parlamentarischen
815 Geschäftsordnung, und wie diese manchmal von der einen oder anderen Seite für ihre Zwecke
816 eingesetzt werden kann. Hierbei zeigte sich, dass einige Themen schneller und stärker in der
817 tagespolitischen Diskussion angekommen sind, als viele wohl erwartet hätten. Nicht immer
818 war dies einer distanzierten und ausgewogenen Behandlung zuträglich.

819

820 Dass Politik dabei parteilich und oft von konträren Sichtweisen gekennzeichnet ist, kann nicht
821 überraschen. Die Erfahrungen in der Enquete zeigen aber genauso: Auch der Sachverstand
822 vermeintlich unabhängiger Experten ist von ihren jeweiligen Sichtweisen,

823 Grundüberzeugungen und auch Standpunkten im Leben geprägt – was natürlich ebenso für
824 mich gilt. Das macht jedoch die daraus resultierenden Beiträge nicht weniger wertvoll – im
825 Gegenteil: Sie helfen, die Sachfragen aus den verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und
826 so möglichst alle Aspekte gleichermaßen ans Licht treten zu lassen. Ich habe mich immer
827 wieder gefreut (und war manchmal sogar überrascht), wenn ich in den Diskussionen der
828 Offenheit begegnete, dass keiner für sich den Anspruch auf die richtige Sichtweise und

829 Lösung erhob, sondern man sich gemeinsam im Diskurs bemühte, guten Antworten näher zu
830 kommen.

831

832 Besonders spannend war das Aufeinandertreffen der doch sehr unterschiedlichen
833 Diskursformen von parlamentarischer Demokratie einerseits und „Netz-Community“
834 andererseits. Auch hier muss ich Vertretern beider Seiten Anerkennung zollen, wie es nach
835 etwas „Warmwerden“ gelungen ist, sich aufeinander einzustellen und hieraus oft sogar einen
836 ganz speziellen, fruchtbaren Dialog zu entwickeln.

837

838 Ein besonderer Teil dieser Annäherung war sicherlich auch die Identifikation und der Test
839 neuer Online-Beteiligungsformen, die das Internet ermöglicht. Die Enquete mit ihren
840 netzbezogenen Themen war ein gutes Pflaster, um diese Instrumente auszuprobieren. Die
841 durch sie geschaffene Transparenz und die demonstrierte Offenheit bilden einen hohen
842 eigenständigen Wert, der die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Prozesse steigern
843 kann. Die tatsächliche Intensität der Nutzung der angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten und
844 die eingegangenen inhaltlichen Beiträge waren in der Summe allerdings oft doch etwas
845 ernüchternd.

846

847 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

848

849 Auch hier kann letztlich zwischen den beiden Perspektiven der inhaltlichen und der
850 prozeduralen Seite unterschieden werden.

851

852 Zu vielen Themen ist es mit den Teilberichten gelungen, eine sehr viel bessere
853 Informationsbasis für künftige politische Entscheidungen zu schaffen – ob das nun zum
854 Themenkomplex Sicherheit und Datenschutz ist, zur Zukunft von Medien und Öffentlichkeit
855 und den damit verbundenen Fragen des Urheberrechts oder zur Netzneutralität.

856

857 Die Komplexität der Regulierungsthemen und die vielfältigen Wechselwirkungen sind
858 deutlicher geworden. Aktionen an einer Stelle können vielfältige Folgen andersorts haben
859 aufgrund der starken Vernetzung, die das Internet als immer wichtigere Grundinfrastruktur

860 unserer Gesellschaft schafft. Die Komplexität und Vernetztheit der Themen führt aber auch zu
861 immer komplexeren Regulierungsaufgaben, deren Lösung nur selten noch im klassischen
862 Über-/Unterordnungs-Verhältnis und beschränkt auf einen Staats- und Rechtsraum möglich
863 ist. Stattdessen gilt es neue Formen gemeinsamer, stärker auf Verhandlung setzender
864 „Governance“ über viele Ebenen und mit vielen, eher auf Augenhöhe agierenden Beteiligten
865 zu entwickeln.

866

867 Die andere Ergebnisdimension liegt in den bereits erwähnten Erfahrungen für das
868 parlamentarische System im Umgang mit den neuen technischen Mitteln für eine größere
869 Transparenz und Beteiligung. Sie öffnen die parlamentarische Arbeit, ermöglichen sehr viel
870 mehr Menschen, ihre berechtigten Interessen und Sichtweisen in politische Prozesse
871 einzubringen und können so die Informationsbasis und damit auch die Legitimation
872 politischer Entscheidungen verbessern.

873

874 Gleichzeitig zeigt aber die doch nur cursorische Beteiligung Einzelner, dass diese Instrumente
875 allein kein Garant für bessere und richtigere Entscheidungen sind. Auch in Zukunft braucht es
876 für gute politische Entscheidungen den übergeordneten Blick über die Vielfalt der Interessen
877 und ihre Zusammenhänge, wie ihn die repräsentative Demokratie gewährleistet. Sie verlangt
878 den Ausgleich widerstreitender Bedürfnisse und zwingt durch das Mehrheitserfordernis zum
879 Kompromiss.

880

881 Online-Beteiligung erleichtert es, Interessen zu erfassen und zu verstehen, sie entbindet aber
882 nicht von der Pflicht, auch die Interessen jener zu identifizieren und in die Entscheidung
883 einzubeziehen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Stimme nicht selbst einbringen.
884 Dabei hilft auch das retardierende Moment parlamentarischer Demokratie, das zwar auf den
885 ersten Blick unbefriedigend wirken mag, aber Schnellschüsse und losgelöste
886 Einzelentscheidungen verhindert, die sich nicht in die Gesamtzusammenhänge einfügen.

887

888 Es wird eine Aufgabe sein, diesen Gesamtblick auf die Folgen der Digitalisierung und
889 Vernetzung über die verschiedenen Themengebiete und damit auch über verschiedene
890 Ressorts einer Bundesregierung hinweg auch nach dem Abschluss der Enquete-Kommission
891 zu bewahren. Der Vorschlag, einen eigenen dauerhaften Ausschuss im Parlament für die

892 Beschäftigung mit Fragen des Internets und seiner Wirkungen zu schaffen, könnte hierzu
893 einen nützlichen Beitrag leisten.

894

895 **V.1.2 Prof. Dr. Wolfgang Schulz: Entscheidungswissen für das Parlament⁴¹**

896

897 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
898 **nicht?**

899

900 „Ich habe mit der Arbeit in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft die
901 Hoffnung verknüpft, dass wir inhaltsreiche Debatten über grundsätzliche Fragen führen
902 können. Zum Beispiel darüber, wo das Internet neue, andere Ansätze für Regelungsstrategien
903 und Schwerpunktsetzungen erfordert, als dies bisher in der Offline-Welt üblich ist. Zumindest
904 gegen Ende der Arbeit haben wir tatsächlich begonnen, darüber zu sprechen. Anfangs hatten
905 wir dafür sehr wenig Zeit, aber zum Schluss haben wir einige solcher Diskussionen geführt.
906 Das hat mich gefreut.

907

908 Es war ein Problem, dass sich die Enquete vorgenommen hatte, den ohnehin sehr breiten
909 Arbeitsauftrag des Parlaments geradezu enzyklopädisch abzuarbeiten. Das führte dazu, dass
910 jeder Spiegelstrich im Einsetzungsantrag von einer Projektgruppe in einem Kapitel des
911 Berichts behandelt werden musste. Da wäre es sinnvoller gewesen, sich auf Wesentliches zu
912 konzentrieren und dafür mehr Abstraktionshöhe zu gewinnen.

913

914 Für mich als Wissenschaftler war es zum einen interessant, mit den anderen Sachverständigen
915 zusammenzuarbeiten. Darunter waren ja neben den Kollegen aus den Hochschulen auch
916 Experten aus der Netzcommunity und Interessenvertreter, die jeweils das Wissen und die
917 Anliegen aus ihrem Bereich in die Kommission spiegeln konnten. Zum anderen war es für uns
918 als Sachverständige spannend zu sehen, wie mächtig die Funktionslogiken des Parlaments
919 sind. Letztlich ist die Enquete-Kommission ein Ausschuss des Parlaments und muss nach den
920 hier herrschenden Spielregeln arbeiten. Ich musste mich zum Beispiel erst einmal daran

⁴¹ Aufzeichnung des Gesprächs vom 30. November 2012

921 gewöhnen, dass wichtige Verfahrensfragen vorab in den Obleute-Runden geregelt werden.
922 Aber letztlich hat sich dies für mich als funktional erwiesen. Man kann eben nicht mit 34
923 Mitgliedern alle Verfahrensfragen klären. Hier haben die parlamentarischen Mechanismen
924 eine große Effizienz.“

925

926 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

927

928 „Die Arbeit war sehr auf das Ergebnis hin ausgerichtet, am Ende einen Text mit konkreten
929 Vorschlägen vorzulegen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir manchmal ergebnisoffener
930 gesprochen hätten. Außerdem wäre es gut gewesen, die Enquete mehr als einen gemeinsamen
931 Lernort zu betrachten und weniger darauf zu achten, ob die gewünschten Mehrheiten zustande
932 kommen. Der Mehrwert einer Enquete besteht ja eben darin, dass man die Realität an
933 bestimmten Stellen besser versteht, zu gemeinsamen Lösungskonzepten kommt und dies dem
934 Parlament vermitteln kann.

935

936 Wir wurden als Sachverständige in die Arbeitsgruppen der Fraktionen eingeladen, um an der
937 Vorabstimmung teilzunehmen. Ich bin ja als Parteiloser von der SPD benannt worden und
938 habe erstmals aktiv in einem parlamentarischen Gremium mitgearbeitet. Mittlerweile spiele
939 ich damit, dass ich mich immer links vorne an den Tisch setze, wenn ich den Raum betrete...
940 Im Ernst: Es war spannend, die Rollen zu wechseln und in Anhörungen andere
941 Wissenschaftler zu befragen, statt selbst gefragt zu werden.

942

943 Als Wissenschaftler ist es ja eher ungewöhnlich zu erfahren, dass die Verständigung darüber,
944 wie Realität zu deuten ist, schon eine politische Entscheidung ist. Zum Beispiel bei der
945 Diskussion um Netzneutralität hatten wir Bereiche, wo man sich nicht eindeutig festlegen
946 konnte, ob es Engpässe im Netz gibt oder nicht. So habe ich erfahren, dass man mit einer
947 Verständigung über Realität schon eine ganze Menge steuern kann. Das war hochgradig
948 interessant. Ich hätte nicht gedacht, dass das Parlament auf eine gewisse Art Realitätsdeutung
949 betreibt. Aber das ist offenkundig manchmal notwendig.

950

951 Insgesamt hätte ich gerne mehr gemeinsam mit den netzfernen Abgeordneten einen
952 Lernprozess initiiert statt mit den ohnehin netzaffinen Abgeordneten. Aber ich habe erfahren,
953 dass in den Projektgruppen die Bereitschaft überraschend hoch war, die eigene Position zu
954 verlassen, wenn gute Argumente dagegen sprechen. Ich habe mich gefreut, dass dies möglich
955 war. In der Öffentlichkeit sieht man das nicht so häufig, da werden dann ja auch Positionen
956 vertreten, selbst wenn man sie für falsch hält.

957

958 Zudem ist meine Hochachtung vor der Aufgabe der Abgeordneten gewachsen, für die
959 Gesellschaft die richtigen Entscheidungen zu treffen. Mein Bild vom Parlament und von den
960 Abgeordneten, das bereits vorher nicht schlecht war, hat sich durch die gemeinsame Arbeit
961 noch einmal deutlich verbessert.“

962

963 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

964

965 „Ich konnte nicht in allen zwölf Projektgruppen tätig sein, sodass ich keinen erschöpfenden
966 Überblick über die Ergebnisse wage. Doch wird meiner Meinung nach eines noch nicht genug
967 gewürdigt: Wir haben es über Parteigrenzen hinweg und trotz unterschiedlicher Positionen
968 von Sachverständigen einstimmig geschafft, uns in dem hoch umstrittenen Bereichs des
969 Urheberrechts auf Grundstrukturen zu verständigen. Zum Beispiel darauf, dass man trotz des
970 Internets nicht an den Grundprinzipien des Urheberrechts rütteln muss. Das betrifft unter
971 anderem Ausschließlichkeitsrechte und Zuordnung des Wertes ideell und materiell zum
972 Schöpfer. Das wird nicht in Frage gestellt.

973

974 Zum anderen haben wir jedoch festgehalten, dass es durchaus eines Paradigmenwechsels
975 bedarf, da es neben den Interessen von Urhebern auch solche gesellschaftlichen Werte wie
976 Erkenntnisfortschritt und das gesellschaftlich bedeutsame Potential von Kreativität gibt. Wir
977 haben uns in unserem Einleitungstext zu den Handlungsempfehlungen darauf geeinigt, dass
978 diese und weitere Werte eine gleichberechtigte Rolle spielen. Damit sind wir in der Debatte
979 sehr viel weiter gekommen, als es die zum Teil erhitzten Diskussionen zum Urheberrecht
980 sonst schaffen, bei denen es am Ende immer um Bekenntniszwänge für das Netz oder für den
981 Content geht.

982

983 Ein anderer Bereich, in dem wir meiner Auffassung nach einiges erreicht haben, betrifft den
984 Jugendschutz und die Medienkompetenz. Da gab es in der Kommission eine große
985 Spannbreite von Meinungen. Die reichte von dem Sachverständigen Prof. Dr. Wolf-Dieter
986 Ring, der den rechtlichen Rahmen des Jugendschutzes für besonders wichtig hielt, bis zum
987 Sachverständigen Alvar Freude, der eher auf die Medienkompetenz der Nutzerinnen und
988 Nutzer setzte. In unserem Bericht schreiben wir am Ende, dass man das eine nicht gegen das
989 andere ausspielen darf. Jugendschutz und Medienkompetenz sind zwei Bereiche, die zwar
990 aufeinander zu beziehen, aber zugleich als selbstständig zu begreifen sind.

991

992 Ich hoffe, dass sich ein ständiger Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft in der
993 nächsten Legislaturperiode als erstes mit unseren vielen Ergebnissen beschäftigen wird. Wir
994 haben zudem auch einige lose Fäden hinterlassen. Da gibt es Themen, zu denen wir nur
995 Leitfragen stellen und keine abschließenden Empfehlungen geben konnten. Hier muss auf
996 jeden Fall weitergearbeitet und müssen teilweise auch dicke Bretter gebohrt werden, zum
997 Beispiel bei der Providerhaftungsfrage, wo meiner Meinung nach Konkretisierungsbedarf
998 besteht. Es gibt in einigen Feldern, die das Internet betreffen, eine Überlastung der
999 Rechtsprechung, daraus resultiert der Auftrag an das Parlament, Materien wie Haftungsfragen
1000 zu konkretisieren.

1001

1002 Für mich persönlich waren die letzten zweieinhalb Jahre ein wichtiger Baustein, um zu lernen
1003 und besser zu verstehen, wie das Parlament sein Entscheidungswissen generiert. Ich habe jetzt
1004 ein viel besseres Verständnis davon, wie parlamentarische Mechanismen funktionieren. Da
1005 gibt es einerseits Defizite, zum Beispiel bei den Strukturen, wie das Parlament sich Wissen
1006 aneignet. Hier sehe ich eine gewisse Abhängigkeit des Wissenszuflusses von Lobbyisten,
1007 obwohl ich grundsätzlich der Meinung bin, dass Interessensvertretungen zur Wissensökologie
1008 des Parlaments ganz selbstverständlich dazugehören.

1009

1010 Ich glaube, dass es in Zukunft zwar auch weiterhin wertbezogene, politische Fragen zu
1011 beantworten gilt, die sich entlang der Parteigrenzen bewegen werden. Darüber hinaus wird es
1012 zunehmend Fragestellungen geben, bei denen es einfach darum gehen wird, die sachlich beste
1013 Lösung zu finden. Dafür muss das nötige Wissen bereitgestellt werden, um das Problem

1014 intellektuell zu durchdringen. Das wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung
1015 für das Parlament darstellen.

1016

1017 Dies betrifft auch die Frage der Bürgerbeteiligung. Meiner Meinung nach konzentriert man
1018 sich dabei zu viel auf die Entscheidungsphase. Dabei geht es vielmehr um eine gemeinsame
1019 Erarbeitung der Wissensbasis: Wo ist eigentlich das Problem? Welche Instrumente sind
1020 wirksam? Hier sollte man Crowd-Wisdom mit einbeziehen. Man sollte die
1021 Partizipationsdebatte nicht auf Abstimmungsmechanismen verkürzen.

1022

1023 Man sollte auch neue Formen der Vernetzung mit der Wissenschaft erproben. Eine Enquete-
1024 Kommission ist eine bewährte Form dafür, aber es kann auch weitere geben. Ich konnte in
1025 diesem Zusammenhang die Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages
1026 nutzen, der für bestimmte Fragestellungen einen sehr guten Service bietet. Aber das hat
1027 natürlich Grenzen, denn inzwischen sind die Wissensfelder so zersplittert, dass man
1028 unmöglich für alles einen Experten bereithalten kann. Mit diesem Problem werde ich mich
1029 wissenschaftlich in den nächsten Jahren beschäftigen.“

1030

1031

1032 **V.1.3 Prof. Dr. Christof Weinhardt: Impulse und Ideen für das Parlament⁴²**

1033

1034 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1035 **nicht?**

1036

1037 „Ich hätte gedacht, dass es weniger Arbeit macht (lacht). Im Ernst: Die Arbeit in den
1038 Projektgruppen war aufwändig und war für mich mit vielen Reisen verbunden. Inhaltlich hatte
1039 ich mir einerseits davon versprochen, Einblicke in die parlamentarische Arbeit zu bekommen
1040 und besser zu verstehen, wie der Bundestag funktioniert, und andererseits Impulse zu meinen

⁴² Aufzeichnung des Gesprächs vom 12. Dezember 2012

1041 Themen setzen und Ideen einbringen zu können, um etwas zu bewirken. Das ist mir auch
1042 gelungen.

1043

1044 Meine Erwartungen haben sich insgesamt teils erfüllt, teils nicht. Ich habe deutlicher als zuvor
1045 verstanden, dass politische Arbeit heißt, Kompromisse zu finden. Das ist nicht leicht, wenn 34
1046 Menschen zusammen sitzen. Ich habe auch besser verstanden, warum es so etwas wie
1047 Fraktionszwang oder –druck geben kann. Wir haben ja in den Projektgruppen Gelegenheit
1048 gehabt, inhaltlich zu arbeiten und uns auf etwas zu einigen. Und dann sollte man in der
1049 entscheidenden Enquete-Sitzung nicht wieder alles anders machen wollen. Dies ist von Seiten
1050 der kleineren Parteien oft versucht worden. Da habe ich gelernt, dass man sich frühzeitig
1051 inhaltlich einbringen muss, aber dann am Ende auch zum gemeinsam mit Sachverstand
1052 entwickelten Ergebnis stehen muss, selbst wenn die eigene Maximalforderung nicht enthalten
1053 ist. Als Sachverständiger ist man somit nicht so unabhängig, wie ich zuvor gedacht hatte. Es
1054 bringt auch nichts im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit, nur als Einziger zu agieren,
1055 wie wir an einigen Beispielen deutlich gesehen haben.“

1056

1057 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1058

1059 „Die personelle und interaktive Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und
1060 Sachverständigen habe ich als sehr fruchtbar erlebt. Die Sachverständigen haben nicht nur ihr
1061 Wissen aus ihrem jeweiligen Fachgebiet eingebracht, sondern an der ein oder anderen Stelle
1062 auch ganz andere Fragen gestellt, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre. Diese
1063 persönliche Auseinandersetzung vor Ort in gemeinsamen Sitzungen ist enorm wichtig, das
1064 kann man nicht in Form eines Blogs oder eines Forums im Netz leisten. Da hat sich eine
1065 konstruktive gemeinsame Kultur in den Diskussionen gebildet.

1066

1067 Ich habe auch gelernt, dass sich Politiker völlig anders verhalten, sobald Kameras
1068 eingeschaltet sind. Sie müssen dann plötzlich alle einmal zu Wort kommen und dürfen von
1069 ihrer politischen Meinung nicht mehr abweichen. Das führt natürlich nicht zu mehr
1070 Kompromissbereitschaft. Das gilt auch für manche Sachverständige, wenn sie beruflich eine
1071 breitere Öffentlichkeit adressieren oder ein bestimmtes Lager bedienen müssen.

1072

1073 Für mich war es kein Problem, dass die Projektgruppensitzungen öffentlich waren, aber ich
1074 war dagegen, dass immer Kameras laufen. Das hätte die Arbeit schwieriger gemacht, weil
1075 dann einzelne stärker an ihrer Meinung hängen und sich nicht auf Kompromisse einlassen
1076 könnten.

1077

1078 Es war ja das Ziel, den Parlamentariern sowohl Informationen an die Hand zu geben, als auch
1079 Handlungsempfehlungen zu formulieren. Für meinen Geschmack sind die Diskussionen um
1080 die Handlungsempfehlungen meistens zu kurz gekommen. Wir haben sehr lang über den
1081 Stand der Technik oder den Zustand der Gesellschaft oder des Rechtssystems gesprochen und
1082 dazu Bestandsaufnahmen erstellt. Dazu gab es oft zusätzliche Anhörungen und nicht selten
1083 gab es bereits in diesem Stadium der Arbeit – für mich oft überraschend - Divergenzen
1084 zwischen den Fraktionen. Somit blieb teilweise nicht ausreichend Zeit und Raum, die
1085 Schlussfolgerungen und somit die Handlungsempfehlungen zu diskutieren.

1086

1087 Wie gut es gelungen ist, die unterschiedlichen Sichtweisen einzubinden und zu gemeinsamen
1088 Ergebnissen zu kommen, hing zum einen davon ab, wie groß das Konfliktpotential eines
1089 Themas war. Gegen Bildung kann ja keiner was haben, und gegen eine informierte
1090 Öffentlichkeit auch nicht. Bei Netzneutralität sieht das schon anders aus. Andererseits hing es
1091 auch vom Geschick des Projektgruppenleiters ab, die verschiedenen Positionen zu bündeln.

1092

1093 Die überwiegend guten und fruchtbaren Diskussionen haben sich in den teils exzellenten
1094 Berichten niedergeschlagen. Für einzelne Themen sind regelrechte Nachschlagewerke
1095 entstanden. Auch wenn ich nicht mit jeder Handlungsempfehlung zufrieden bin, war ich am
1096 Ende überrascht, wie gut das Ergebnis geworden ist.

1097

1098 Ich halte Enquete-Kommissionen für ein gutes Werkzeug des Parlaments, sich Wissen
1099 anzueignen, denn ich habe erlebt, wie sich die Parlamentarier in der Kommission aktiv mit
1100 den Themen beschäftigt und diese dann auch in ihren Fraktionen vertreten haben. Der große
1101 Endbericht landet zwar auf den Schreibtischen aller Abgeordneten, aber man kann natürlich
1102 nicht erwarten, dass alle ihn lesen. Immerhin werden sie jedoch mit dem Bericht ein gutes

1103 Nachschlagewerk an die Hand bekommen. Vielleicht kann man die Ergebnisse online mit
1104 Stichwortkatalogen und ähnlichem noch redaktionell aufbereiten, um dem Parlament die
1105 Ergebnisse auf eine zeitgemäße Art noch besser zu erschließen.“

1106

1107 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1108

1109 „Für mich persönlich war das Thema Netzneutralität eines der Kernthemen, die mich
1110 besonders interessiert haben. Am Ende standen als Ergebnis zwei Meinungen nebeneinander.
1111 Wir konnten uns hier nicht auf gemeinsame Handlungsempfehlungen einigen. Und dies
1112 spiegelt tatsächlich sehr konkret die Auffassungen zweier divergierender Lager wider, die es
1113 eben auch in der Gesellschaft gibt. Derzeit gibt es da kein Richtig oder Falsch. Die einen
1114 plädieren eben eher für eine marktwirtschaftlich freiere Lösung, während die anderen auf
1115 regulative Art die Probleme angehen wollen.

1116

1117 Weitere wichtige Bereiche waren Bildung und Forschung sowie Wirtschaft, Arbeit, Green IT.
1118 Hier sind wir sowohl bei der Bestandsaufnahme als auch bei den Handlungsempfehlungen ein
1119 gutes Stück vorangekommen. In der Projektgruppe Medien, Kultur, Öffentlichkeit war die
1120 Zeit besonders knapp, was noch nichts über die Qualität aussagt, denn wir haben unsere
1121 Arbeitsweise den Ressourcen angepasst. Das tat der Disziplin ganz gut.

1122

1123 Grundsätzlich halte ich es für sehr wichtig und sinnvoll, wenn in der nächsten
1124 Legislaturperiode ein ständiger Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft eingerichtet
1125 würde. Das Netz verändert eben alle Lebensbereiche. Dies gilt für den Einzelnen wie für
1126 Städte, Kommunen, Länder, für die Wirtschaft, die Kultur und für eigentlich alle. Und es ist
1127 ein Kernthema, wie sich eine Gesellschaft wie die unsrige darauf einlässt, welche
1128 Rahmenbedingungen geschaffen werden.

1129

1130 Das Thema Digitalisierung braucht im parlamentarischen Raum ein viel höheres Gewicht, als
1131 es derzeit hat. Ein anderes wichtiges Problem wie die Förderung von erneuerbarer Energie,
1132 das derzeit einen hohen politischen Stellenwert hat, ist zum Beispiel ohne das Internet nicht
1133 zu lösen. Für die Bewertung dieser Themen braucht es dabei auch im Parlament Kompetenz,

1134 die durch einen ständigen Ausschuss gewährleistet wäre. Dazu wäre auch einen Staatsminister
1135 auf Regierungsseite notwendig, weil die Ressortzuständigkeit derzeit noch ein großes
1136 Problem darstellt. Bisher sind viele verschiedene Ministerien für das Thema zuständig, und es
1137 gibt keine Bündelung der Kompetenzen.

1138

1139 Ich wünsche mir, dass nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft die großen
1140 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diskutiert und die gesellschaftsrelevante Forschung
1141 viel stärker in die Diskussionen um das Internet und die digitale Gesellschaft eingebunden
1142 wird. Meist kommen die Ansätze eher aus dem IT-Bereich und greifen zu kurz. Die EU-
1143 Programme beispielsweise sind sehr techniklastig. Dabei brauchen wir auch Politologen,
1144 Soziologen und Ökonomen, die sich interdisziplinär mit diesem Thema beschäftigen.“

1145

1146

1147 **V.1.4 Dr. Jeanette Hofmann: Die Enquete war ein Netzknoten⁴³**

1148

1149 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1150 **nicht?**

1151

1152 „Mein Wunsch war, dass die Enquete zu den grundlegenden politischen Fragen der digitalen
1153 Gesellschaft den Stand der Dinge aufbereitet und die Kontroversen darum so sichtbar macht,
1154 dass jeder sie verstehen und sich im Meinungsspektrum verorten kann. Dies ist uns zum
1155 Beispiel beim Thema Urheberrecht gelungen: Der Bericht ist meines Erachtens sehr gut
1156 geworden, er ist lesbar, vielleicht ein wenig lang. Daher wünschte ich mir, dass es noch mehr
1157 Resonanz von Seiten der Urheberrechtsexperten in diesem Land dazu geben würde, denn es
1158 gibt ja viele gesellschaftliche Gruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen.

1159

1160 Meine Erwartungen wurden besonders im ersten Jahr der Arbeit erfüllt. Die Qualität der
1161 produzierten Texte war sehr hoch. Es gab großes Interesse an den Themen, die behandelt

43

1162 wurden. Als stellvertretende Vorsitzende der Projektgruppe Urheberrecht war ich sehr
1163 zufrieden mit der Qualität der Diskussionen, wenngleich wir sehr viel weniger Zeit für
1164 Diskussionen hatten als ich mir das vorgestellt hatte. Durch den insgesamt knappen
1165 Zeitrahmen und die umfangreiche Themenliste standen wir von Beginn an unter großem
1166 Produktionsdruck. Trotzdem ist es uns in der Projektgruppe Urheberrecht gelungen, in der
1167 Bestandsaufnahme des Berichts die verschiedenen Positionen gleichwertig darzustellen.

1168

1169 Eine Wende gab es im Sommer 2011. Die Projektgruppe Urheberrecht hatte
1170 Forschungsbedarf festgestellt und diesen in einem Antrag auf die Ausschreibung einer Studie
1171 auch formuliert. In der Enquete gab es zunächst das einstimmige Votum, ein Gutachten in
1172 Auftrag zu geben. Zwei Sitzungen später wurde dieses Votum plötzlich zurückgeholt, es gab
1173 ein anderes Abstimmungsergebnis und das Thema Gutachten war – nach der erfolgten
1174 Ausschreibung - vom Tisch. Die Entscheidung gegen die Vergabe eines Gutachtens war
1175 eindeutig nicht aus der Kommission selbst gekommen, sondern von außen an sie
1176 herangetragen worden. Ähnliche Manöver gab es hinsichtlich der Verabschiedung einiger
1177 Zwischenberichte. Diese Art der Politisierung der Inhalte und des politischen Hineinregierens
1178 in das Enquete-Geschäft führte dazu, dass das wissenschaftliche Argument der
1179 Sachverständigen zugunsten von Mehrheitsentscheidungen in den Hintergrund rückte.

1180

1181 Im ersten Jahr haben die meisten Mitglieder sehr viel Energie in die Kommission gesteckt und
1182 ihr Bestes gegeben. Das hat im Laufe des Prozesses nachgelassen. Die Erwartung einiger
1183 Abgeordnete, dass hauptsächlich die Sachverständigen Texte produzieren, während sie selbst
1184 zu beschäftigt dazu sind, begann mich zu ärgern. Wir sind eigentlich als ein Multi-
1185 Stakeholder-Gremium im besten Sinne angetreten, bei dem Leute aus Politik, Wirtschaft,
1186 Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Verbänden gemeinsam Fragen auf gleicher
1187 Augenhöhe bearbeiten. Diese Vorstellung wurde aber offenbar nicht von allen geteilt.

1188

1189 Ich hatte auch erwartet, dass sich die Beiträge aus der Bürgerbeteiligung und die Möglichkeit
1190 zu kommentieren stärker auf die Praxis der Enquete-Kommission auswirken würden. Die
1191 Institution des 18. Sachverständigen schien mir jedoch mehr ein Ritual zu sein. Für mich
1192 selbst muss ich sagen, dass ich die Beiträge von außen kaum in meine Arbeit einfließen lassen
1193 konnte, da ich zu sehr mit dem Schreiben beschäftigt war. Ich habe es schlicht nicht geschafft,

1194 mich intensiver mit den Vorschlägen, die im Rahmen von Adhocracy entwickelt wurden,
1195 auseinanderzusetzen. Das war eine Komplexitätsstufe zu viel für mich.

1196

1197 Auf der anderen Seite ist es der Enquete durchaus gelungen, der digitalen Öffentlichkeit, oder
1198 - wie manche sagen - der Internetgemeinde, einen stärkeren Fokus zu geben. Das spiegelt
1199 meine Erfahrung auf der internationalen Ebene wider: Man braucht Organisationen mit
1200 entsprechenden Kompetenzen, die einen öffentlichen Diskurs so weit strukturieren, dass er
1201 sich formieren und weiterentwickeln kann. Solche Organisationen bilden dann so etwas wie
1202 einen Netzknoten. Insoweit hat die Enquete-Kommission zu einer Verstetigung und
1203 Verbreiterung der Diskussion über das Internet in Deutschland geführt. Damit wurde zugleich
1204 die öffentliche Bedeutung und Kompetenz zum Thema Internet deutlich gestärkt.“

1205

1206 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1207

1208 "Die Politik eignet sich derzeit Kompetenz zum Thema Internet an. Es gibt natürlich einen
1209 unterschiedlichen Wissensstand unter den Abgeordneten. Manche kennen sich sehr gut aus
1210 und sind fast Teil der Netz-Szene, während das Internet für andere sichtlich Neuland ist.
1211 Dabei sind diejenigen, die in den Fraktionen etwas zu sagen haben, nicht unbedingt die, die
1212 über fachliche Expertise zum Thema verfügen. Das hat zu Spannungen geführt und bisweilen
1213 die Arbeit behindert.

1214

1215 Manchmal mussten Mitglieder der Kommission gegen ihre Überzeugung abstimmen. Unsere
1216 Zwischenberichte wären anders ausgefallen, wenn alle Mitglieder nach bestem Wissen votiert
1217 hätten. Ich hoffe, dass die Sensibilität und Kompetenz für das Thema Internet in den
1218 Fraktionen steigen wird. Die Kommission hat da in gewisser Weise in einer Übergangsphase
1219 gearbeitet und dabei den Möglichkeiten, die eine Enquete hat, oft nicht hinreichend Rechnung
1220 tragen können. Vielleicht sollte man in zehn Jahren noch einmal eine neue Internet-Enquete
1221 einrichten.

1222

1223 Was das Politische angeht, habe ich eine große Eigendynamik hinsichtlich taktischer Manöver
1224 beobachtet. Man kennt das ja: Wenn man in einen Prozess eingebunden ist, dann entwickelt

1225 dieser eine eigene Rationalität. Erst wenn man heraustritt, sieht man, wie viel Energie und
1226 Aufmerksamkeit man auf Manöver verwendet hat, die für Außenstehende völlig irrelevant
1227 sind. Ich habe das beobachtet, aber wenig Interesse verspürt, mich darauf einzulassen. Mir ist
1228 zudem bewusst geworden, dass ich als Wissenschaftlerin privilegiert bin, so lange ich will
1229 über eine Sache nachzudenken, um mir eine eigene Meinung zu bilden. Das kommt im
1230 politischen Betrieb zu kurz.

1231

1232 Ich habe das Parlament als Institution zudem als sehr behäbig erlebt. Am Anfang hatten wir in
1233 der Internet-Enquete ja nicht einmal Internetzugang. Für uns als Sachverständige war das
1234 absurd. Mir scheint, als gebe es unter den Parlamentariern insgesamt eher wenig Verständnis
1235 dafür, dass die neu entstehenden Öffentlichkeiten im Netz doch einen erheblichen Einfluss auf
1236 die Meinungsbildung haben und dort sehr viel Expertise liegt. Manchmal war es im Enquete-
1237 Sitzungssaal mit Händen zu greifen, dass es darüber zwischen Sachverständigen und
1238 Abgeordneten sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Mir hat geholfen, dass ich viel
1239 Unterstützung von Seiten der Fraktionsmitarbeiter bekam. Mit der für Kommission
1240 zuständigen Fraktionsmitarbeiterin hatte ich sehr engen Kontakt und wir haben viel
1241 voneinander profitiert.

1242

1243 Was das Verhältnis von Politik und Wissenschaft angeht, so war in der Enquete das Primat
1244 der Politik zum Beispiel bei der Vergabe von Gutachten deutlich spürbar. Andererseits fanden
1245 wir Wissenschaftler mit unserer Expertise durchaus Gehör. Bei der SPD-Fraktion zum
1246 Beispiel wurde deutlich, dass sie sich inhaltlich mehr und mehr auf Professor Wolfgang
1247 Schulz gestützt hat. Man weiß allerdings nie genau, wie eng das Verhältnis von Politik und
1248 Wissenschaft sein kann, ohne dass beide Schaden nehmen. Generell zieht ja eine
1249 Verwissenschaftlichung von Politik eine Politisierung der Wissenschaft nach sich. Je mehr
1250 wissenschaftliche Expertise von der Politik aufgegriffen wird, desto mehr wird sie bezichtigt,
1251 parteiisch zu sein. Es ist daher gut, Vermittlungsinstanzen zwischen Wissenschaft und Politik
1252 zu haben, wie etwa Verbände, die Studien erstellen lassen. Zum Glück gibt es da ein
1253 mediatisiertes Feld.“

1254

1255 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1256

1257 „Für einige Berichte ist es gelungen, die Bestandsaufnahmen fraktionsübergreifend und auch
1258 unabhängig von den Meinungen der einzelnen Sachverständigen zu formulieren. Theoretisch
1259 klingt das einfach, aber in der Praxis bedeutet es sehr harte Arbeit. Und hier und da ist das
1260 gelungen. Mehrere unserer Berichte sind wirklich exzellent. In der Projektgruppe Bildung und
1261 Forschung herrschte zum Beispiel sehr viel Teamgeist. Dafür muss ich besonders dem
1262 Vorsitzenden, Dr. Reinhard Brandl von der CDU/CSU-Fraktion, ein großes Lob aussprechen.
1263 Hier konnten die verschiedenen Positionen ausgetauscht und gleichberechtigt dargestellt
1264 werden. Wir haben beispielsweise das Thema Open Access wirklich vertieft behandelt und
1265 sind zu einem einmütigen Ergebnis gekommen. Dabei war das Thema eingangs sogar bei der
1266 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die mich aufgestellt haben, sehr kontrovers diskutiert
1267 worden. Am Ende sind auch Abgeordnete mitgegangen, die dem Thema anfangs sehr
1268 skeptisch gegenüber gestanden hatten. Es hat mich auch gefreut, dass meine Expertise in der
1269 Grünen-Fraktion anerkannt wurde. Ich hatte zudem die Freiheit, in den Enquete-Sitzungen
1270 unabhängig von der Fraktion abzustimmen, ohne mit Abstrafungen rechnen zu müssen.

1271

1272 Insgesamt ist der Bereich Internet und digitale Gesellschaft in der Hierarchie politischer
1273 Themen nach oben gerutscht und hat durch die Enquete mehr Aufmerksamkeit bekommen.
1274 Das hat auch die Ebene der Verbände und Institutionen außerhalb des parlamentarischen
1275 Raumes berührt. Die Abgeordneten aus der Enquete haben aber oft erzählt, dass sie mit
1276 Netzthemen mehr ins Zentrum der Politik gerückt sind. Wir alle haben es daran gemerkt, wie
1277 oft wir zu Diskussionsrunden und Tagungen eingeladen wurden. Die Enquete hat dazu ihren
1278 Beitrag geleistet, aber der Erfolg der Piratenpartei war wahrscheinlich noch wichtiger für
1279 diese Entwicklung.

1280

1281 Sollte es in Zukunft eine parlamentarische Institutionalisierung in Form eines ständigen
1282 Ausschusses für dieses Thema geben, ist das mit Sicherheit auch eine Reaktion auf die
1283 Enquete Kommission. In den letzten 12 Monaten war zu merken, dass sich einige der
1284 Abgeordneten mit der Frage befassten, wie die Arbeit der Enquete in Zukunft weitergeführt
1285 werden kann. Das Thema Internet ist so wichtig, dass wir sowohl in den öffentlichen
1286 Entscheidungsinstanzen als auch bei Journalisten deutlich mehr Kompetenz brauchen. Ein
1287 Ausschuss könnte nach und nach dazu beitragen, sowohl bei den Politikern, als auch bei der
1288 Verwaltung.

1289

1290 Die Enquete-Kommission hat die Problemstellungen zwar aufbereitet, aber sie natürlich nicht
1291 gelöst. Für die Zukunft stehen daher sehr viele wichtige Themen an: Datenschutz,
1292 Urheberrecht, Netzneutralität, Open Access und viele mehr. Es sind extrem wichtige
1293 Aufgaben, mit denen sich ein zukünftiger Ausschuss beschäftigen sollte.“

1294

1295

1296 **V.1.5 Prof. Dr. Hubertus Gersdorf: Brückenschlag zwischen Parlament und**
1297 **Praxis⁴⁴**

1298

1299 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1300 **nicht?**

1301

1302 „Ich bin mit der Erwartung intensiver Gespräche, gemeinsamen Lernens und der Möglichkeit,
1303 selbst Impulse geben zu können, in die Arbeit gegangen. Diese Erwartungen sind vollends
1304 erfüllt worden. Ich habe sehr viel gelernt und ich konnte sowohl schriftlich wie mündlich
1305 selbst inhaltlich Akzente setzen.

1306

1307 Ich war das erste Mal in einer Enquete, daher hatte ich keine detaillierten Erwartungen. Aber
1308 mir ist aufgefallen, dass die Sachverständigen sehr schnell den parlamentarischen
1309 Gesetzmäßigkeiten und Ritualen unterworfen waren. An dieser Stelle müsste man vielleicht
1310 die Rolle der Sachverständigen überdenken. Es war institutionell nicht abgesichert, dass wir
1311 unsere Unabhängigkeit wahren können. Das würde ich mir für die Zukunft wünschen. Zum
1312 Beispiel könnte es eine separate Abstimmung für die Gruppe der Sachverständigen geben. So
1313 könnte man verhindern, gegen seine Überzeugung abstimmen zu müssen, und es wären
1314 unabhängigere Voten möglich. Man wird ja schnell einem Lager zugeschlagen, obwohl viele
1315 wie ich keiner Partei angehören. Ich glaube, da braucht es einen Schutzschirm für die
1316 Sachverständigen. Ich kann nur für die Wissenschaftler sprechen, aber ich glaube, keiner der
1317 Sachverständigen ließ sich gerne vor einen Karren spannen.“

1318

⁴⁴ Aufzeichnung des Gesprächs vom 11. Dezember 2012

1319 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1320

1321 „Ich habe oft eine andere Wahrnehmung von der Arbeit in der Enquete gehabt, als sie
1322 offenbar viele Menschen außerhalb hatten. Das hat mich nachdenklich gemacht. Ich wurde
1323 zum Beispiel oft auf eine Sitzung zu Beginn angesprochen, bei der die Regierungsmehrheit
1324 nicht mehr gewährleistete war, weil ein Sachverständiger erkrankt und ein weiterer mit der
1325 Opposition gestimmt hat. Damals wurde mit dem Hinweis auf Verfahrensfragen die Arbeit
1326 vertagt und es entstand der Eindruck, es werde getrickst. Ich würde es für die Zukunft
1327 befürworten, wenn hier ein Pairing-Abkommen, also eine parlamentarische Fairness-
1328 Vereinbarung, zum Tragen käme, bei der beide Seiten darauf verzichteten, die Gunst der
1329 Stunde zu nutzen.

1330

1331 Mir ist aufgefallen, dass sich die Parlamentarier, sobald die Kameras eingeschaltet waren,
1332 teilweise komplett anders als sonst verhielten. Die Gespräche in den Projektgruppen, die nicht
1333 gestreamt wurden, verliefen anders als die Enquete-Sitzungen, die übertragen wurden. Da
1334 muss man sich fragen: Wozu führt Medienöffentlichkeit? Auf diese Frage gibt es zwei
1335 Antworten: Entweder man reduziert die Medienöffentlichkeit oder man lässt sie im Gegenteil
1336 noch viel stärker zu, damit alle sich daran gewöhnen, unter den Bedingungen der
1337 Medienöffentlichkeit nicht anders zu diskutieren und sich zu verhalten als sonst. Ich
1338 persönlich setze auf mehr Transparenz. Vielleicht gewöhnen sich die Menschen dann daran,
1339 dass sie nicht eine andere Rolle einnehmen müssen, sobald die Kamera läuft.

1340 Mir hat die Arbeit in den Projektgruppen deutlich mehr Freude gemacht, als die monatlichen
1341 Sitzungen der Enquete. Ich glaube, das ging vielen so. Wie in den Projektgruppen gearbeitet
1342 wurde, war genau so, wie ich mir den Parlamentarismus vorstelle: Jeder ging zwar von seinen
1343 Wertvorstellungen und -haltungen aus, aber es wurde ein echtes Gespräch geführt und man
1344 hörte einander zu. Es kamen gute Diskussionen zustande, die Argumente wurden gehört und
1345 fruchteten auch. Es gab eine sehr ruhige, unaufgeregte, sachorientierte Diskussionskultur.
1346 Man spürte, dass sich etwas bewegte, und das machte Freude.

1347

1348 Die Arbeit in den Projektgruppen entsprach meinen Vorstellungen von einem modernen
1349 Parlament. Wenn die Öffentlichkeit einen echten Einblick in die Parlamentsarbeit hätte
1350 bekommen sollen, wäre die Übertragung der Projektgruppensitzungen fast wichtiger gewesen

1351 als die Übertragung der Enquete-Sitzungen, wo bei den Abstimmungen oft nicht mehr klar
1352 war, worüber wir eigentlich sprachen. Da wurde zu wenig erklärt.

1353

1354 In den großen Enquete-Runden hatte ich zudem oft den Eindruck, es gehe nur ums politische
1355 Ritual und darum, vor der eigenen Wählerschaft gut da zu stehen. Da wurden manchmal
1356 Kontraste gezeichnet, die ich in den Projektgruppensitzungen so gar nicht gesehen hatte. Die
1357 Unterschiede wurden in den Kommissionssitzungen sehr betont und scharf formuliert, obwohl
1358 in den Projektgruppen überwiegend Einigkeit geherrscht hatte. So entstand teilweise ein
1359 verzerrtes Bild. Der Streit wurde in den Vordergrund gerückt. Die Punkte, in denen man
1360 Konsens hergestellt hatte, wurden in der Öffentlichkeit nicht genug betont.“

1361

1362 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1363

1364 „Es war für mich ein positives Ergebnis, zu bemerken, dass bestimmte Leitgedanken bei der
1365 Politik gefruchtet haben. Zum Beispiel beim Thema „digitaler Radiergummi“ im Bereich
1366 Datenschutz, der den Teilnehmern von Sozialen Netzwerken bestimmte Lösungsansprüche
1367 zuspricht. Hier ist es gelungen zu verdeutlichen, dass diese Idee mit verschiedenen
1368 Kommunikationsinteressen und teilweise mit dem Wesen des Internets kollidiert. Ich habe
1369 gemerkt, dass sich Parlamentarier aller Fraktionen auf diese Erkenntnis einlassen konnten.

1370

1371 Der Brückenschlag zwischen der parlamentarischen Arbeit und der Praxis wird auch in
1372 Zukunft unerlässlich sein. Davon profitieren beide Seiten. Nicht nur die Politik muss wissen,
1373 welche Konsequenzen ihre Entscheidungen für die Praxis haben werden, sondern auch die
1374 andere Seite – in meinem Fall die Wissenschaft – muss wissen, nach welchen Rationalitäten
1375 die Politik handelt. Für den modernen Parlamentarismus wird es wichtig sein, in Form von
1376 Enquete-Kommissionen und in Form von Anhörungen oder anderen Mitteln die Verbindung
1377 zur Praxis immer wieder zu suchen.

1378

1379 Neben den vielen inhaltlichen Ergebnissen, die ich hier nicht alle aufzählen will, wäre es ein
1380 großes Verdienst der Enquete, wenn ein ständiger Ausschuss im Parlament die Arbeit
1381 fortführen würde. Das wäre wichtig, damit auch künftig die Fragen der digitalen Gesellschaft

1382 angemessen behandelt werden können. Denn diese werden ja mit Ende der Enquete nicht
1383 abschließend beantwortet sein.

1384

1385 Der ständige Ausschuss bräuchte meiner Meinung nach auch in Zukunft Sachverstand von
1386 außen. Ich könnte mir vorstellen, dass weiterhin zusätzlich zu den Abgeordneten auch
1387 Experten mit beratender Funktion in diesem Gremium säßen, auch wenn dies ein Novum in
1388 der Parlamentsgeschichte wäre.

1389

1390 Ich bin zwar ein Gegner der Entparlamentarisierung und glaube, dass das Parlament selbst
1391 seine demokratisch legitimierte Verantwortung wahrnehmen muss. Doch ich begrüßte es,
1392 wenn Sachverständige in beratender Funktion stärker in die Meinungsbildung der Ausschüsse
1393 einbezogen würden. Dies gibt es zwar bereits bei Anhörungen, aber es sollte verstetigt
1394 werden. Übrigens gilt dies nicht nur für Fragen rund um das Internet.“

1395

1396 **V.1.6 Annette Mühlberg: Netzpolitik – eine Frage der Demokratie**

1397

1398 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1399 **nicht?**

1400

1401 Generell war es ein sehr sinnvoller Schritt, das fachübergreifende Gremium überhaupt
1402 einzurichten. Eigentlich sollten alle Parlamente oder Regierungen weltweit solche
1403 Kommissionen einberufen. Es gibt ja keine andere Technologie, die so tiefgreifend in das
1404 gesellschaftliche Gefüge sowie in Wirtschaft und Politik eingreift wie das Internet. Es ist
1405 daher äußerst wichtig, die öffentlichen und privaten Strukturen im Auge zu behalten, die mit
1406 dem Netz entstehen. Das bezieht sich etwa auf Geschäftsmodelle, die auf der Verwertung
1407 persönlicher Daten der Nutzer beruhen. Dies ist beispielsweise in sozialen Netzwerken der
1408 Fall, wo die Privatsphäre häufig – auch und gerade von den Plattformbetreibern – als Wert
1409 von gestern betrachtet wird. Auch Online-Dienste, für die es keine vergleichbaren
1410 Alternativen gibt und mit zunehmender Nutzung für den Anwender immer wichtiger werden,
1411 können die Gefahren klassischer Monopole mit sich bringen.

1412

1413 Insgesamt nimmt in der digitalen Welt die Abhängigkeit kritischer Infrastrukturen sowie
1414 weiterer elementarer Felder wie der Börse, des Gesundheitswesens, der Sozialverwaltung
1415 oder der Justiz von der Informationstechnologie zu. Parallel gewinnen die Transparenz und
1416 die Offenheit von Programmen und Systemen, wie sie freie Software und Open Source
1417 garantieren, an Bedeutung. Sie helfen, die Kontrolle über IT-Prozesse zu behalten.

1418

1419 Interdisziplinarität gehört zu den Grundvoraussetzungen für das erfolgreiche Arbeiten einer
1420 Enquete-Kommission und beim Thema Internet trifft das erst recht zu. Gleichzeitig ist aber in
1421 einer derartigen Arbeitskonstellation zu beachten, dass keine Ungleichheiten aufkommen.
1422 Wenn etwa Industrielobbyisten Mitglieder der Kommission werden, haben sie eventuell
1423 Vollzeitmitarbeiter hinter sich, die etwa Texte für Projektberichte schreiben können.
1424 Aufgrund der sehr breiten Themenpalette war es in der Praxis aber nur noch beschränkt
1425 möglich, unterschiedliche Blickwinkel tatsächlich in mehrere Projektgruppen einzubringen.
1426 Um die Arbeit terminlich noch handhaben zu können, verständigten sich Abgeordnete und
1427 unabhängige Sachverständige in der Regel vielmehr nur noch auf ihre thematischen
1428 Stammgebiete.

1429

1430

1431 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1432

1433 Die hauptsächliche Crux lag darin, dass der Arbeitsauftrag zu weit gefasst war. Allein die
1434 Projektgruppe, die ich als Vorsitzende geleitet habe, beschäftigte sich mit "Wirtschaft, Arbeit
1435 und Green IT". Das zu behandelnde Spektrum wäre eine eigene Enquete-Kommission wert
1436 gewesen. Generell war der Zeitaufwand für alle Beteiligten enorm hoch. Eines der weiteren
1437 "Ergebnisse" der Kommission müsste so eigentlich eine Agenda offener Fragen sein, die nicht
1438 mehr ernsthaft abgedeckt werden konnten und an denen weiter gearbeitet werden sollte.

1439

1440 Eine Enquete-Kommission lebt davon, dass in ihr prinzipiell auch Ideen aufgebracht werden
1441 können, die nicht hundertprozentig mit einer Fraktions- oder Koalitionslinie im Einklang
1442 stehen. Politische Ränkespiele sollten in einer solchen Kommission keinen Platz haben. Umso
1443 wichtiger ist es, dass nicht politisch von außen hineinregiert und die Unabhängigkeit der

1444 Sachverständigen und der Volksvertreter gewahrt wird. Manche Abgeordneten legten einen
1445 erfrischenden, über den Tellerrand schauenden Stil an den Tag - sie dürfen nicht "zur Räson
1446 gerufen" werden. Die Enquete-Kommission ist doch gerade das Medium, wo politische
1447 Interessen dem Erkenntnisinteresse weichen sollten.

1448

1449 Dies gilt auch für die Praxis der Gutachtenvergabe. Zum Bereich der grünen
1450 Informationstechnologie etwa verständigten wir uns zwar, externe Experten auf diesem Weg
1451 mit einzubeziehen. Im Komplex Urheberrecht und Kreative, der ebenfalls weiterer Analysen
1452 bedurft hätte, fand sich bedauerlicherweise keine Mehrheit, die Kernfrage künftiger
1453 Verdienstmöglichkeiten von Urhebern und innovativer Geschäftsmodelle näher beleuchten zu
1454 lassen.

1455

1456 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1457

1458 Es hat sich herauskristallisiert, dass ein Prozess der demokratischen Raumplanung des
1459 Cyberspace nötig ist, der Antworten gibt auf ökonomische, infrastrukturelle und
1460 bürgerrechtliche Fragestellungen und Vorbild ist in der Transparenz von
1461 Gestaltungsprozessen.

1462

1463 Die digitale Gesellschaft lässt sich nur erfassen und formen, wenn alle legitimen
1464 Interessensvertreter an diesem Prozess gleichberechtigt gemäß dem "Multi-Stakeholder-
1465 Ansatz" beteiligt sind. Ich bin daher froh darüber, dass wir es trotz eines holprigen Starts
1466 geschafft haben, eine erste Form der Online-Partizipation über die Plattform Adhocracy für
1467 die Netzbürger einzuführen. Haupthindernis für die Akzeptanz des Verfahrens war meiner
1468 Ansicht nach, dass die Projektgruppen nur Texte veröffentlichten und zur Diskussion stellten,
1469 die sie bereits speziell dafür freigegeben beziehungsweise beschlossen hatten. Hier wäre es
1470 sinnvoll gewesen, den sonst so oft beschworenen, extern übers Netz zugeschalteten "18.
1471 Sachverständigen" früher im Prozess der Ideenfindung zu Wort kommen zu lassen. Die
1472 Online-Bürgerbeteiligung allein reicht freilich nicht aus, da nicht jeder Interessierte die
1473 entsprechende Zeit und den Zugang zum Internet hat.

1474

1475 Allgemein ist die politische Rahmung des Internets und der Informationstechnologie eine
1476 derart komplexe Aufgabe, dass sie von jedem einzelnen Ministerium sowie in Politik,
1477 Behörden und Unternehmen grundsätzlich als Querschnittsthema behandelt und insgesamt
1478 zum Teil der Führungsaufgabe gemacht werden sollte. Vor allem IT-Großprojekte machen
1479 immer wieder deutlich, dass die Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung hier mit aller
1480 Macht und voller Konzentration "Entwicklungshilfe" geben müssen.

1481

1482 Nur folgerichtig ist es daher, dass der Bundestag einen ständigen Ausschuss zur Netzpolitik
1483 und zur digitalen Gesellschaft einrichten will. Oberste Priorität müssen dabei meiner Ansicht
1484 nach Aspekte wie die Verankerung der Netzneutralität und des offenen Prinzips des Internets
1485 sowie die Stärkung von Bürgerrechten wie Datenschutz, Beteiligung und Mitbestimmung
1486 haben. Der Versuchung, mit der digitalen Technik die totale Überwachung einzuführen,
1487 müssen Politik und Wirtschaft widerstehen. Insgesamt sollte sich das Bewusstsein für das
1488 vom US-Rechtsprofessor Lawrence Lessig entwickelte Prinzip "Code is law" stärker
1489 durchsetzen. Demnach bestimmen technische Infrastrukturen und Programme unser
1490 politisches, soziales und rechtliches Verständnis.

1491

1492 Die Einführung digitaler Prozesse muss bewusst so gestaltet werden, dass sie auf keinen Fall
1493 zu einem Demokratieabbau im öffentlichen oder unternehmerischen Bereich führen. Wie es
1494 anders geht, dafür hat die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft erste
1495 Vorschläge unterbreitet. Es liegt nun an der Politik sie aufzugreifen und in Form einer
1496 "politischen Checkliste" für IT-Projekte und Gesetzgebung rund ums Netz anzuwenden.

1497

1498

1499 **V.1.7 Alvar Freude: Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr und betrifft wichtige**
1500 **gesellschaftspolitische Fragen⁴⁵**

1501

1502 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1503 **nicht?**

1504

⁴⁵ Aufzeichnung des Gesprächs vom 18. Dezember 2012

1505 „Ich hatte keine überzogenen Erwartungen an die Internet-Enquete, freue mich aber, das
1506 eindeutig klar wurde: Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr. Das ist sicher ein Verdienst der
1507 Enquete. Internet-Themen sind im Politikbetrieb angekommen und betreffen wichtige
1508 gesellschaftspolitische Fragen. Man kann diese Fragen und die Meinungen der Experten nicht
1509 mehr ignorieren, wie es noch vor der letzten Bundestagswahl oder auch noch vor Einsetzung
1510 der Enquete der Fall war.

1511

1512 Wir haben es allerdings nicht ausreichend geschafft, die Öffentlichkeit wirklich umfassend zu
1513 informieren und in die Arbeit der Kommission einzubeziehen. Da haben wir zu wenig
1514 gemacht. Ich sehe das durchaus selbstkritisch: ursprünglich wollte ich regelmäßig über meine
1515 Arbeit in der Enquete berichten. Zwar gab es ein offizielles Enquete-Blog, aber leider wurde
1516 das von den Mitgliedern zu wenig genutzt, häufig vor allem dann, wenn es etwas zu
1517 kritisieren gab.

1518

1519 Meist blieb mir aber auch wenig Zeit - die habe ich dann lieber in die Textarbeit für die
1520 Projektgruppen investiert, und nebenher musste ich schließlich noch Geld verdienen.

1521 Als Freiberufler habe ich ja keine Mitarbeiter, die mich hätten unterstützen, die Texte
1522 schreiben und Sitzungen vorbereiten können. Es ist schwer, etwas quasi ehrenamtlich zu
1523 leisten, was eigentlich den Umfang eines Vollzeitjobs hat.

1524

1525 Die Erwartungshaltung der Netzszene war manchmal anstrengend. Viele dachten, der Auftrag
1526 der Enquete sei es, sich mit tagespolitischen Themen zu beschäftigen - und es gab während
1527 der Laufzeit der Kommission durchaus wichtige aktuelle Fragen wie ACTA oder die anfangs
1528 noch nicht zu Ende diskutierte Netzsperrren-Debatte. Jedoch standen solche Themen höchstens
1529 am Rande auf unserer Agenda. Trotzdem wurden sie bis zum Ende unserer Arbeit weitgehend
1530 sinnvoll gelöst, mit Ausnahme des Leistungsschutzrechts für Presseverleger. Unser Auftrag
1531 war aber ein anderer und betraf im Wesentlichen die großen, übergreifenden und langfristigen
1532 Linien der Netzpolitik. Es war manchmal schwierig, das auseinanderzuhalten.

1533

1534 Leider war die Zeit insbesondere am Ende sehr knapp. Die letzten Projektgruppen hatten nur
1535 wenige Wochen und wenige Sitzungen zur Verfügung, was sich an der einen oder anderen

1536 Stelle in der Qualität niederschlägt. Wir hätten uns vor allem bei den Handlungsempfehlungen
1537 mehr Zeit nehmen sollen. Ich hoffe aber, dass die Lücken von dem einstimmig empfohlenen
1538 ständigen Ausschuss Internet und digitale Gesellschaft und dem angeregten
1539 wissenschaftlichen Beirat aufgearbeitet werden können.

1540

1541 Nicht erfüllt hat sich meine Hoffnung, dass wir weitgehend als ein unabhängiges
1542 Expertengremium agieren, das Positionen und Empfehlungen unabhängig von den Meinungen
1543 der einzelnen Fraktionen vertritt. Dies hat sich vor allem gegen Ende als Illusion erwiesen: So
1544 wurden Handlungsempfehlungen, die nicht von der Koalition eingebracht wurden, in den
1545 Projektgruppen meist erst gar nicht diskutiert. Die Koalition hatte das Abstimmungsverhalten
1546 der von ihr benannten Sachverständigen erstaunlich gut im Griff. Dies führte zu der
1547 enttäuschenden Situation, dass in einigen Fällen selbst fachliche Fehler im Bericht nicht
1548 korrigiert wurden, wenn der entsprechende Antrag von den falschen Leuten gestellt wurde.
1549 Schade ist auch, dass das ursprünglich geplante Gutachten der Projektgruppe Urheberrecht
1550 doch nicht zustande kam.

1551

1552 Auf der anderen Seite hat sich meine Hoffnung erfüllt, dass wir meist konstruktive
1553 Diskussionen geführt haben. Wir konnten feststellen, dass auf den ersten Blick konträre
1554 Positionen manchmal gar nicht so weit auseinander lagen, sondern oft nur aufgrund eines
1555 anderen Blickwinkels oder Schwerpunkts entstanden. Insbesondere die
1556 Projektgruppensitzungen waren zu weiten Teilen sehr konstruktiv, was sich auch an den
1557 weitgehend umfangreichen und hochwertigen Bestandsaufnahmen zeigt.“

1558

1559 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1560

1561 „Zunächst einmal: Ich werde die Enquete-Arbeit vermissen. Ich habe dabei sehr viel gelernt,
1562 und das hat Spaß gemacht.

1563

1564 Ich habe zum Beispiel gesehen, wie man gemeinsam zu guten, politisch wichtigen
1565 Ergebnissen kommt. Dies hat in vielen Arbeitsgruppen gut geklappt, vor allem wenn keine
1566 bereits besetzten politischen Positionen betroffen waren. Es ist mir an der ein oder anderen

1567 Stelle auch gelungen, Kompromisse zu finden oder als eine Art Übersetzer zwischen der
1568 Netzcommunity und der Politik zu wirken. In Richtung Parlament hat das gut funktioniert, in
1569 die andere Richtung manchmal weniger. In der Internet-Community wurde meine Arbeit in
1570 der Kommission teilweise sehr skeptisch wahrgenommen, weil befürchtet wurde, ich könnte
1571 zu viele Kompromisse eingehen und mich von der SPD vereinnahmen lassen. Meistens war es
1572 aber eher so, dass ich die Fraktion mit Fach- und Hintergrundwissen überzeugen konnte,
1573 wenn denn überhaupt unterschiedliche Meinungen auftraten. Was die meisten außerhalb des
1574 Politikbetriebes nicht verinnerlicht haben ist, dass man Alternativen und Hintergründe
1575 aufzeigen muss, wenn man etwas ablehnt. So haben wir es bei den Internet-Sperren gemacht,
1576 und es hat funktioniert.

1577

1578 Eine Besonderheit bei der Netzpolitik ist, dass man anders als bei anderen Themen oft
1579 tatsächlich nur zu einer möglichen Lösung kommt, wenn man die Sache ganz zu Ende denkt.
1580 Das tun viele nicht, oder sie können es mangels Fachwissen nicht. Das geplante
1581 Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist so ein Fall. Jeder, der sich näher mit dem Thema
1582 beschäftigt, kommt irgendwann zu dem Schluss, dass es in allen diskutierten Formen keinen
1583 Sinn ergibt, egal welcher Partei er oder sie angehört. Aber es wird trotzdem durchgesetzt, weil
1584 die Netzpolitiker in einigen Parteien noch immer nicht ausreichend gehört werden.

1585

1586 Ich konnte auch lernen, wie die öffentliche Aufmerksamkeit und Berichterstattung der Presse
1587 funktioniert: Wenn wir uns um Verfahrenstricks gestritten haben, wurde darüber berichtet und
1588 diskutiert. Als die Koalition die Bürgerbeteiligung gestoppt hat, wurde berichtet. Als wir es
1589 geschafft haben, sie wieder einzusetzen, wurde nur vereinzelt berichtet. Auch die zahlreichen
1590 konstruktiven Diskussionen, ausführlichen Expertenanhörungen oder Ergebnisse wurden
1591 wenig wahrgenommen – sie sind unter dem Strich ja auch weniger spannend als
1592 polarisierende Diskussionen. Ich weiß, dass dies zur medialen und journalistischen Logik
1593 gehört, aber ich finde es schade. Denn dadurch wurde unter dem Strich einfach ein
1594 unzutreffendes Bild von der Arbeit der Enquete-Kommission in der Öffentlichkeit gezeichnet.

1595

1596 Das betrifft natürlich nicht nur unsere Arbeit, sondern viele politische Themen sowie natürlich
1597 auch die Parteien, aber ich habe jetzt persönlich erlebt, wie sehr dies den Blick auf die
1598 wesentlichen Sachverhalte verstellen kann. Es ist normal, dass man in einem politischen

1599 Gremium auch mal streitet und unterschiedliche Meinungen auftreten. Streit war in der
1600 Enquete-Kommission aber kein Dauerzustand.

1601

1602 Ich habe auch gesehen, wie langsam die politischen Prozesse sind. Sorgfalt geht eben vor
1603 Schnelligkeit, und das finde ich gut. Damit ist unsere Demokratie die letzten 60 Jahre sehr gut
1604 gefahren, und es gibt keinen Grund, das zu ändern, nur weil das Internet ein schnelles
1605 Medium ist. Es heißt, wir seien die Enquete mit der kürzesten Laufzeit und den meisten
1606 Texten. Unsere Zeitknappheit am Ende hat aber gezeigt: Uns hätte mehr Zeit und mehr
1607 Langsamkeit gut getan. Man muss die Dinge eben so lange ausdiskutieren, bis ein gutes
1608 Ergebnis vorliegt.

1609

1610 Durch die Arbeit in der Enquete-Kommission ist mir auch deutlich geworden, wie wichtig
1611 gute Mitarbeiter in den Fraktionen, bei den Abgeordneten, im Sekretariat und in der gesamten
1612 Verwaltung sind. Diese machen die Hauptarbeit im Hintergrund. Ohne die fleißigen Helfer
1613 würden den Abgeordneten viele Entscheidungen wohl noch schwerer fallen und es wäre
1614 aufgrund der Breite der Themen keine sinnvolle Arbeit möglich.

1615

1616 Die Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion, die mich benannt hatte, fand ich sehr positiv. Wir
1617 Sachverständige wurden dort sehr ernst genommen, wurden in Entscheidungen voll
1618 einbezogen, durften an allen Vorbereitungssitzungen teilnehmen, hatten Rederecht wie die
1619 Abgeordneten und waren in den Abstimmungen frei. Ich habe nie an die Klischees von faulen
1620 Politikern geglaubt, aber jetzt konnte ich mit eigenen Augen sehen, dass im Parlament
1621 Zwölfstundentage die Regel sind. Die Abgeordneten nehmen ihre Aufgaben sehr ernst und
1622 das ist meist mit harter Arbeit verbunden. Die meisten sind auch sehr lernbereit und -fähig,
1623 um am Ende sinnvolle Entscheidungen fällen zu können.“

1624

1625 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1626

1627 „Wie ich schon sagte: Netzpolitik wird inzwischen ernst genommen. Das zeigt sich auch in
1628 der meines Erachtens wichtigsten Handlungsempfehlung, bei der wir einstimmig für einen
1629 ständigen Ausschuss zum Thema Internet und digitale Gesellschaft votiert haben. Indirekt

1630 wird so ja auch ein Ministerium oder zumindest eine Staatsministerin oder ein Staatsminister
1631 gefordert, die/der sich spiegelbildlich auf Regierungsseite mit Netzthemen befasst. Wenn das
1632 so umgesetzt wird, haben wir etwas Bleibendes geschaffen.

1633

1634 Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört auch die breite Bürgerbeteiligung, die wir trotz
1635 Widerstand aus Teilen der Verwaltung und dem konservativen Teil des Parlaments
1636 durchsetzen konnten. Es war das erste Mal, dass der Deutsche Bundestag eine derart
1637 umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt hat und das kann auf jeden Fall als
1638 Erfolg gelten. Darin steckt noch viel Potenzial, es verlangt aber auch eine noch weitergehende
1639 Transparenz, angepasste Arbeitsabläufe und eingeplante Zeit. Wir haben es leider oft nur
1640 geschafft, fertige Berichtsteile zur Diskussion zu stellen. Dabei sollte die Beteiligung nicht
1641 erst zum Ende einsetzen, sondern möglichst früh um beispielsweise Probleme und
1642 Lösungswege in den Diskussionsprozess zu tragen. Sie kann eine gute Ergänzung zum
1643 parlamentarischen Betrieb darstellen. Mit steigender Erfahrung wird die Bürgerbeteiligung
1644 immer besser gelingen.

1645

1646 Als positives Ergebnis kann man zudem sehen, dass die weitgehend große Transparenz der
1647 Enquete-Kommission keineswegs geschadet hat, auch wenn das Interesse der Öffentlichkeit
1648 an den teils umfangreichen und manchmal kleinteiligen Diskussionen oft gering war.

1649

1650 Auch bei einzelnen Themen haben wir im Detail wichtige Punkte deutlich gemacht, selbst in
1651 den Sondervoten. Generell sollte man die Sondervoten lesen, da dort die teilweise klareren
1652 und deutlicheren Empfehlungen stecken. Dazu gehört zum Beispiel, dass gute Lernkonzepte
1653 nötig sind, wenn man das digitale Klassenzimmer umsetzt. Oder die Empfehlung für einen
1654 Paradigmenwechsel bei der Onlinesicherheit, der dahin geht, dass Sicherheitslücken
1655 offengelegt werden müssen, damit sie schnell behoben werden können, statt sie geheim zu
1656 halten und zu hoffen, dass niemand sie findet. Wir brauchen dringend ein „Immunsystem der
1657 digitalen Gesellschaft“, und das ist effektiver, als noch einen ‚Hackerparagraf‘ zu erfinden.
1658 Weiterhin haben wir teils breite Bekenntnisse zur Netzneutralität, gegen Internet-Sperren
1659 sowie für Freie und Open Source Software erreicht.

1660

1661 Die Konfliktlinien traten erwartungsgemäß bei der Frage auf, wie transparent der Staat sein
1662 muss oder ob es eher die Bürger sein sollten, die offen und mit Realname ihre Meinung zu
1663 äußern haben. Auch in den Bereichen Datenschutz, Verbraucherschutz, Netzneutralität und
1664 Urheberrecht kamen teils fundamental unterschiedliche Meinungen auf, dennoch konnten wir
1665 uns meist auf einen gemeinsamen Sachstandsbericht einigen.

1666

1667 Die Suche nach dem besten Ergebnis hat manchmal ihre Grenzen gefunden, wenn es um die
1668 Parteilinien ging. Da wurde dann eine imaginäre Linie gezogen, und man kam nicht weiter.
1669 Die Arbeit in der Enquete war oft sehr nach Fraktionen polarisiert. Und das hat sich natürlich
1670 auch auf die Sachverständigen ausgewirkt. Da hätte ich mir gewünscht, dass wir
1671 Sachverständigen uns nicht so sehr von der Politik hätten eingrenzen und in Lager pressen
1672 lassen. Es gab Versuche, sich untereinander mehr auszutauschen, aber das hätte besser
1673 geklappt, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten.“

1674

1675

1676 **V.1.8 Dr. Bernhard Rohleder: Basis künftiger Entscheidungen⁴⁶**

1677

1678 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1679 **nicht?**

1680

1681 „Ich hatte anfangs die Vorstellung, dass wir den umfangreichen Themenkatalog aus dem
1682 Einsetzungsantrag abarbeiten werden und dabei in wesentlichen Punkten einen
1683 fraktionsübergreifenden Konsens erzielen können. Als Geschäftsführer des IT-Verbands
1684 Bitkom agiere ich parteipolitisch neutral. Ich habe kein Parteibuch, wir rekrutieren unsere
1685 Mitarbeiter auch nicht nach politischer Couleur. Wir arbeiten mit fast allen politischen
1686 Kräften konstruktiv zusammen. Insofern hat es mich schon überrascht, dass es in der Enquete-
1687 Kommission relativ schnell eine Lagerbildung entlang der Konstellation im Bundestag gab.
1688 Die Koalition auf der einen, die Opposition auf der anderen Seite. Das hatte ich in dieser
1689 Form nicht erwartet.

⁴⁶ Aufzeichnung des Gesprächs vom 4. Dezember 2012

1690

1691 Es gab natürlich Ausnahmen, zum Beispiel beim Thema Medienkompetenz, das wir sehr
1692 konsensual erarbeiten konnten. Andere Themen wie Netzneutralität wurden eher dogmatisch
1693 angegangen – möglicherweise betrifft das auch mich selbst. Debatten und Aktionen außerhalb
1694 der Enquete haben dann zu einer zusätzlichen Verhärtung dieser argumentativen
1695 Frontstellungen geführt. Das hat es nicht unbedingt leichter gemacht, sich innerhalb der
1696 Kommission zu bewegen.

1697

1698 Die Enquete hat sich meiner Meinung nach letztlich zu sehr mit tagesaktuellen Themen
1699 beschäftigt und zu wenig den strategischen Blick in die Zukunft gerichtet. Ich hätte gerne
1700 gemeinsame Zukunftsszenarien entwickelt, um eben nicht den tagesaktuellen Diskussionen
1701 hinterherrennen zu müssen. Es müsste mehr prospektive Politik betrieben werden, um
1702 absehbare Entwicklungen in Gesellschaft, Technologie und Markt vorbereiten und politisch
1703 besser steuern zu können. Dies ist zu oft auf der Strecke geblieben. Wenn der Bericht der
1704 Enquete erscheint, wird vieles bereits überholt sein. So haben wir zum Beispiel
1705 Handlungsempfehlungen zu Breitband entwickelt, als der LTE-Ausbau erst ganz am Anfang
1706 stand. LTE hat inzwischen phänomenale Erfolge gefeiert.

1707

1708 Gleiches gilt für das große Thema Intelligente Netze. Dort stellen sich wichtige politische
1709 Fragen, zum Beispiel bei der Abwägung von gesamtgesellschaftlichen Zielen, die nicht immer
1710 miteinander harmonieren: Wo sollen und müssen Daten, auch persönliche Daten, sinnvoll
1711 eingesetzt werden, damit beispielsweise die ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen
1712 gesichert werden kann? Wo dürfen oder sollen Daten genutzt werden, um zum Beispiel den
1713 individuellen Stromverbrauch zu steuern und so den Klimawandel zu bekämpfen? Wo
1714 brauchen wir Daten, um Verkehrsströme besser zu lenken? Was bedeuten neue
1715 technologische Entwicklungen wie 3D-Printer für den gewerblichen Rechtsschutz? Mit
1716 solchen Fragen, die auch politisch in Kürze herausragende Bedeutung gewinnen werden,
1717 haben wir uns in der Enquete-Kommission leider zu wenig auseinandergesetzt. Es wurde zu
1718 viel Tagespolitik und zu wenig Strategie gemacht.“

1719

1720 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1721

1722 „Ich habe in der Enquete-Kommission inhaltlich sehr viel gelernt. Ich habe die Gelegenheit
1723 genutzt, in allen Projektgruppen mitzuarbeiten. Von dem Wissen der Abgeordneten und
1724 Sachverständigen habe ich enorm profitiert und auch aus den Anhörungen viel Neues
1725 mitgenommen. Ich habe außerdem ein internes Experten-Team gebildet, das mich unterstützt
1726 und mir viel beigebracht hat. Noch nie habe ich mich so intensiv mit all diesen Themen
1727 auseinandergesetzt wie in den letzten zweieinhalb Jahren. Die Enquete-Kommission hat mich
1728 etwa zwei Tage in der Woche beschäftigt, in denen ich entweder vor Ort in den Sitzungen war
1729 oder mich mit den Texten beschäftigt habe. Insofern fühle ich mich jetzt fachlich besser denn
1730 je ausgestattet. Das verdanke ich der Enquete-Kommission.

1731

1732 Hinzu kommen sehr wertvolle persönliche Begegnungen mit Abgeordneten und
1733 Sachverständigen. Ich konnte sehr autonom agierende Persönlichkeiten kennenlernen, die sich
1734 nicht haben vereinnahmen lassen. Das werden hoffentlich über die Enquetezeit hinaus
1735 bestehende Verbindungen bleiben, aus denen weitere gemeinsame Aktivitäten entstehen
1736 können. Da ist ein funktionierendes, sachverständiges Netzwerk innerhalb und außerhalb der
1737 Enquete-Kommission entstanden. Dazu gehörten einige der klügsten Köpfe der digitalen
1738 Gesellschaft. Da viele von Ihnen noch relativ jung sind, werden wir hoffentlich noch lange
1739 vertrauensvoll miteinander arbeiten können.

1740

1741 Es hat mich allerdings schon erstaunt, auf welche große Ablehnung man als Vertreter der
1742 Wirtschaft in manchen Kreisen trifft. Da gibt es viele vorschnelle Meinungen über gute und
1743 schlechte Lobbyisten, sowohl bei Parlamentariern als auch bei Sachverständigen. Vertreter
1744 von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen oder Verbraucherorganisationen werden
1745 ganz anders bewertet als Sprecher der Wirtschaft. Der Wirtschaft unterstellt man zu schnell
1746 rein finanzielle Interessen. Dabei wird vergessen, dass gerade in der Netzwirtschaft über den
1747 Tellerrand hinaus gedacht wird und man durchaus in der Lage ist, das große Ganze in den
1748 Blick zu nehmen. Auf jeden Fall versuchen wir, beim Bitkom manches anders zu machen:
1749 Unsere Positionspapiere sind öffentlich, parlamentarische Abende werden gestreamt, und
1750 selbstverständlich haben wir keine Ex-Politiker auf der Gehaltsliste.

1751

1752 Was ich ebenfalls fasziniert beobachten durfte, war das extrem stark ausgeprägte
1753 Machtgefüge im Parlamentsbetrieb. Es gibt eben Abgeordnete und Abgeordnete. Man sollte

1754 sich aber fragen, inwieweit Parteien und Fraktionen in der Lage sind, auch junge, frische,
1755 unverbrauchte Leute in Schlüsselpositionen zu heben. Es wird zwar auf den
1756 Geschlechterproporz geachtet und die regionale Verteilung spielt ebenfalls eine Rolle. Die
1757 Parteien kämen besonders bei Internetthemen einen Schritt weiter, wenn sie junge Leute
1758 früher an entscheidenderen Stellen zum Zug kommen ließen. Man sollte dem politischen
1759 Nachwuchs lieber jemanden mit Erfahrung als Mentor zur Seite stellen, als ihnen jemanden
1760 vor die Nase zu setzen, der sie blockiert. Wenn man junge Menschen wieder für die Politik
1761 begeistern will, muss man sie auch machen lassen. Dazu braucht es Rollenvorbilder.“

1762

1763 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1764

1765 „Die große Leistung der Enquete-Berichte besteht vor allem in den Bestandsaufnahmen.
1766 Dabei handelt es sich oft um die besten Darstellungen und Analysen, die es derzeit gibt. Dies
1767 gilt gerade für konfliktbehaftete Themen wie die Netzneutralität. Hier hat die Enquete-
1768 Kommission ganze Arbeit geleistet. Damit ist ein Referenzwerk entstanden, an dem sich
1769 politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, Journalisten und andere Interessierte
1770 orientieren können. Die Berichte haben das Zeug, zur maßgeblichen Quelle für
1771 Zukunftsentscheidungen und zum Standardwerk zu werden, das Entscheider als Bookmark
1772 immer im Zugriff haben. Natürlich muss jeder seine eigenen Schlussfolgerungen aus den
1773 Berichten ziehen, und dabei bekommt er eine sehr gute Orientierungshilfe. Die
1774 Handlungsempfehlungen sind eher aus der Perspektive der Regierung oder der Opposition
1775 entstanden. Dabei geht es dann zuweilen um sehr grundsätzliche Wertorientierungen: Wie
1776 sehr vertraue ich der Selbstregulierung der Wirtschaft? Wie stehe ich zu einem starken Staat?
1777 Welche Verantwortung trägt jeder Einzelne für sein Handeln? Die Enquete-Kommission
1778 spiegelt hier ein breites Spektrum wider.

1779

1780 Für die nächste Legislaturperiode halte ich die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für
1781 Internet-Themen für sehr wichtig. Die Themen der Enquete werden auch in den nächsten
1782 Jahren eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes haben. Dafür
1783 braucht es einen Anker im Bundestag und sachkundige Abgeordnete, die sich dieser Themen
1784 annehmen. Daran schließt sich die Frage an, wer ist das Pendant auf Regierungsseite? Hier
1785 braucht es ebenfalls eine Weiterentwicklung. Es gibt viele Staaten, die sehr erfolgreich

1786 arbeitende Internetministerien eingerichtet haben. Das Internet ist allerdings ein
1787 Querschnittphänomen, das sich durch tatsächlich alle Ressorts zieht. Daher wäre es am
1788 besten, ein Staatsminister für Internet und digitale Gesellschaft würde vom Kanzleramt aus
1789 alle Fäden in der Hand halten, um diesen breiten Themenkomplex innerhalb der
1790 Bundesregierung zu koordinieren.“

1791

1792 **V.1.9 Markus Beckedahl**

1793

1794 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1795 **nicht?**

1796

1797 Zu Beginn habe ich noch an das Werbeversprechen geglaubt, dass eine Enquete-Kommission
1798 als Untersuchungskommission ohne Parteibrillen sich dem Thema ergebnisoffen nähern
1799 möchte. Das sollte sich schnell als falsch erweisen.

1800

1801 Was diese Enquete-Kommission sicher geschafft hat, ist, dass es in allen Fraktionen jetzt
1802 einige Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter gibt, die über einen Zeitraum von fast drei
1803 Jahren viele Diskussionen zum Thema Netzpolitik geführt haben und damit auch einem
1804 Lernprozess unterworfen wurden. Erfreulich wäre es, wenn diese Personen als Botschafter in
1805 ihren Fraktionen für eine bessere Netzpolitik werben können und dort auch Gehör finden.

1806

1807 Die Themenvielfalt der Enquete-Kommission war zu groß. Das führte oftmals dazu, dass
1808 unter Zeitdruck eher der Status Quo einer Debatte zusammen gefasst wurde, ohne mal weiter
1809 in die Zukunft zu schauen und mögliche Szenarien zu entwerfen. Hier wurde leider oftmals
1810 eine große Chance vertan.

1811

1812 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1813

1814 Wenn die Mehrheit der Koalition und ihrer Sachverständigen in Gefahr war, konnte man
1815 zahlreiche Geschäftsordnungstricks beobachten. Einige davon waren mir auch noch neu.

1816

1817 Es gab Arbeitsgruppen, wo das Diskussionsklima hinter verschlossenen Türen etwas rau war,
1818 was eher an Einzelpersonen lag. Ein Positivbeispiel für eine konstruktive Debatte war
1819 sicherlich die Arbeitsgruppe für Freie Software und Interoperabilität, die grundsätzlich
1820 öffentlich tagte, aber leider das Problem hatte, aufgrund von Zeitdruck im Schnelldurchlauf
1821 zu Ergebnissen zu kommen.

1822

1823 Als zivilgesellschaftlicher Sachverständiger ohne Apparat hinter einem ist man schnell
1824 ressourcentechnisch unterlegen. Es gibt die Erwartungshaltung, dass man viele Texte liefern
1825 soll. Abgeordnete und Sachverständige mit einem Lobbyapparat hinter sich haben dafür
1826 Mitarbeiter, die das für sie erledigen. Hier gab es ein großes Ungleichgewicht.

1827

1828 Wenn Freitagnachmittag über 600 Seiten Text angeliefert werden, die man am Montag
1829 abstimmen soll, aber das Wochenende volles Programm hat, dann bekommt man Verständnis
1830 für die Arbeit von Politikern, die auch nicht immer alles ausführlich gelesen haben, was sie
1831 abstimmen sollen. Hier wäre es besser gewesen, solche Textmengen einfach früher zu
1832 verschicken, damit man sich auch richtig darauf vorbereiten konnte.

1833

1834 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1835

1836 Ein wichtiges Ergebnis war bereits die Einsetzung der Enquete-Kommission: Netzpolitik wird
1837 vom Bundestag ernster genommen. Wenn das so bleibt, führt das hoffentlich auch zu besseren
1838 Rahmenbedingungen für ein offenes Netz.

1839

1840 Der Bundestag ist mit Adhocracy auch erstmals den Weg von mehr Beteiligung gegangen.
1841 Dabei wurden die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein Kernproblem war, dass
1842 man als Außenstehender nicht genau wusste, was gerade in den nicht-öffentlichen
1843 Arbeitsgruppen ablief. Das motiviert nicht gerade zu einer Beteiligung, wenn man nicht genau
1844 weiß, worum es gerade geht. Ich hoffe trotzdem, dass weitere Experimente in diese Richtung
1845 folgen werden. Demokratische Prozesse können etwas Frischluft vertragen und wir sollten
1846 mehr Experimente wagen und schauen, wie sich Politik weiter öffnen kann.

1847

1848 **V.1.10 Lothar Schröder: Wichtige Orientierungsmarken zur digitalen Arbeit**

1849

1850 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1851 **nicht?**

1852

1853 Meine Erwartungen an die Arbeit in der Enquete-Kommission „Internet und digitale
1854 Gesellschaft“ waren zweigeteilt und hochgesteckt: Zum einen ging ich davon aus, dass es in
1855 einem solchen Gremium gelingen sollte, sich mit analytischem Tiefgang, wissenschaftlicher
1856 Akribie und praktischem Erfahrungswissen den zentralen netzpolitischen Zukunftsfragen zu
1857 widmen und hierzu – möglichst im Konsens – tragfähige Analysen und zukunftsstaugliche
1858 Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber zu erarbeiten. Zum zweiten hatte ich mir in der
1859 Sache vorgenommen, in den netzpolitischen Diskurs über die vielfältigen Implikationen der
1860 digitalen Vernetzung die bislang eher vernachlässigte Perspektive von Arbeitnehmerinnen
1861 und Arbeitnehmern einzubringen. Denn natürlich vollziehen sich mit der rasanten
1862 informations- und kommunikationstechnischen Durchdringung der Erwerbssphäre
1863 fundamentale Veränderungen, die der Gestaltung bedürfen, um zu guter Arbeit zu führen und
1864 humanen Fortschritt zu bewirken.

1865

1866 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

1867

1868 Gemessen an diesen Erwartungen fällt meine persönliche Bewertung der Kommissionsarbeit
1869 gemischt aus. Als bereichernd und wichtige Lernerfahrung habe ich die Kooperation mit den
1870 anderen Sachverständigen, den Abgeordneten und den Expertinnen und Experten des
1871 Sekretariats und der Fraktionen empfunden. Neben solchen uneingeschränkt positiven
1872 Aspekten sind aus meiner Sicht als Sachverständiger aber auch einige kritische Bilanzposten
1873 zu verzeichnen. Dies gilt namentlich für die Arbeitsweise des Gremiums: Die Qualität der
1874 Beratungen musste zwangsläufig an der schieren Masse der zu behandelnden netzpolitischen
1875 Themen leiden, die der Bundestag der Kommission als Arbeitsauftrag erteilt hatte. Daraus
1876 resultierte nicht nur eine extrem hohe Taktfrequenz an Sitzungen diverser Projektgruppen,
1877 sondern auch ein immenser Termin- und Produktionsdruck, der hin und wieder zu Lasten der
1878 Gründlichkeit von Debatten und Texten zu gehen drohte. Diesem Problem war nur durch eine
1879 starke Spezialisierung der Abgeordneten und Sachverständigen auf einzelne inhaltliche

1880 Schwerpunkte in der Projektgruppenarbeit zu begegnen, was wiederum den Blick auf das
1881 „große Ganze“ der Netzpolitik erschwerte.

1882

1883 Hinzu kam eine weitere Schwierigkeit: Die eigentliche Stärke von Enquete-Kommissionen
1884 sollte ja darin liegen, dass sie losgelöst von aktuellen Konflikten und parteipolitischen
1885 Opportunitätserwägungen agieren kann. Mit diesen „aus Abgeordneten und externen
1886 Sachverständigen bestehenden Gremien will das Parlament abseits des politischen
1887 Tagesgeschäfts Lösungsansätze für komplexe technische, ökonomische oder gesellschaftliche
1888 Probleme finden“, so die auf der Bundestags-Website beschriebene Aufgabenstellung solcher
1889 Kommissionen. Genau an dieser Distanz zur tagespolitischen Aktualität mangelte es nun
1890 allerdings im konkreten Fall nicht selten: Zentrale Themen der Netzpolitik – etwa
1891 Beschäftigtendatenschutz, Vorratsdatenspeicherung, Netzneutralität, Breitbandausbau – sind
1892 längst hochrangig auf der politischen Agenda platziert, oft sehr umstritten und vielfach bereits
1893 Gegenstand gesetzgeberischer Initiativen und heftigen Parteienstreits. Manche Fragen, mit
1894 denen sich die Internet-Enquete zu befassen hatte, waren vor diesem Hintergrund wohl schon
1895 schlicht zu gegenwärtig, zu brisant und zu konfliktträchtig geworden, um sie „abseits des
1896 politischen Tagesgeschäfts“ und über Fraktionsgrenzen hinweg unaufgeregt beraten und
1897 entscheiden zu können. In gewisser Hinsicht ist diese Kommission also zu spät gekommen.

1898

1899 Trotz dieser schwierigen Umstände ist es der Internet-Enquete gleichwohl gelungen, die
1900 netzpolitische Debatte in Deutschland zu verbreitern, zu intensivieren und besser zu
1901 fundieren. So hat beispielsweise noch kein politisches Gremium in Deutschland zuvor so
1902 eingehend und sachkundig das facettenreiche Thema der Netzneutralität erörtert. Der
1903 entsprechende Zwischenbericht macht der interessierten Öffentlichkeit nicht nur eine Fülle an
1904 Informationen über die technischen, ökonomischen und politischen Aspekte von
1905 Netzneutralität zugänglich, sondern verdeutlicht auch die anhaltenden Kontroversen zur
1906 Notwendigkeit und/oder Sinnhaftigkeit einer differenzierten Behandlung von Datenpaketen
1907 im Netz.

1908

1909 Allerdings hätte ich mir gewünscht, wenn in diesem thematischen Kontext überdies noch
1910 solide Erkenntnisse zu einer bislang weitgehend ausgeblendeten, für die Arbeitnehmerinnen
1911 und Arbeitnehmer jedoch elementaren Frage zutage gefördert worden wären: zu derjenigen
1912 nach den „voraussichtlichen quantitativen Wirkungen“ nämlich, die „sich aus

1913 unterschiedlichen Netzneutralitätsszenarien für die Beschäftigungsentwicklung in
1914 Deutschland“ ergeben. Die Kommission hatte sich mit den zitierten Formulierungen bereits
1915 darauf verständigt, ein Gutachten zu dieser wichtigen Problemstellung zu vergeben, ihren
1916 entsprechenden Beschluss jedoch in einer späteren Sitzung mit knapper Mehrheit wieder
1917 revidiert – eine aus meiner Sicht unverständliche und falsche Entscheidung. Gleiches gilt auch
1918 für eine ebenfalls schon im Grundsatz beschlossene, einige Zeit später jedoch wieder
1919 „gekippte“ Gutachtenvergabe zu „Vergütungsmodellen und ihren Auswirkungen auf die
1920 wirtschaftliche Situation von Urheberinnen und Urhebern“. Die Internet-Enquete hat damit
1921 bedauerlicherweise die Chance versäumt, in zwei Themenfeldern zur Verbesserung der
1922 politischen Entscheidungsbasis beizutragen, die für Erwerbstätige der Netzwirtschaft von
1923 erheblicher Bedeutung sind.

1924
1925 Dies berührt bereits das zweite „Bündel“ meiner eingangs genannten Erwartungen, die
1926 stärkere Thematisierung arbeitsweltlicher Fragen innerhalb des netzpolitischen Diskurses.
1927 Hier ist es in intensiven Debatten – vor allem in der Projektgruppe „Wirtschaft, Arbeit, Green
1928 IT“ – erfreulicherweise in der Tat gelungen, zumindest in der Analyse, zum Teil auch in
1929 relevanten Handlungsempfehlungen einen breiten Konsens über die gravierenden und nicht
1930 selten ambivalenten Folgewirkungen des digitalen Umbruchs für Arbeit und Beschäftigung zu
1931 erzielen. Dies gilt etwa für die folgende Feststellung im einschlägigen Zwischenbericht: „Die
1932 Option, prinzipiell immer und überall seiner beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können, stellt
1933 die wohl bedeutsamste und zugleich chancenreichste Veränderung dar, welche digital
1934 vernetzte Berufstätigkeit von klassisch betriebsgebundener unterscheidet. Allerdings gilt es
1935 dafür Sorge zu tragen, dass aus dieser im Sinne erweiterter Handlungsspielräume auch für
1936 Erwerbstätige begrüßenswerten Entwicklung nicht der faktische Zwang einer permanenten
1937 Erreichbarkeit und allgegenwärtigen Verfügbarkeit entsteht.“

1938

1939

1940 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

1941

1942 Der zitierte Befund steht stellvertretend für die aus meiner Sicht wichtigsten Ergebnisse der
1943 Enquete-Kommission: Zum einen die fundierte und allseits geteilte Analyse, dass eine noch
1944 immer in weiten Teilen industriegesellschaftlich geprägte Erwerbssphäre und die mit ihr
1945 verbundenen regulatorischen Sicherungen durch die Wirkungen der digitalen Vernetzung

1946 unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Zum zweiten die Verständigung auf eine Reihe
1947 von Leitlinien für eine gute digitale Arbeit, die sich nach Auffassung des Gremiums u.a.
1948 auszeichnet durch

- 1949 – eine Nutzung der Gestaltungsspielräume, welche sich aufgrund der räumlichen und
1950 zeitlichen Disponibilität von vernetzter Arbeit eröffnen, zugunsten einer erweiterten
1951 Autonomie von Erwerbstätigen bei der Wahl von Arbeitsort und Arbeitszeit und einer
1952 verbesserten Work-Life-Balance;
- 1953 – eine Minimierung von Belastungen und Beanspruchungen, wie sie aus der vielfach
1954 entgrenzenden Wirkung digitaler Vernetzung entstehen – etwa einer permanenten
1955 Erreichbarkeit –, mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung des Arbeitsvermögens und der
1956 physischen und psychischen Gesundheit der Erwerbstätigen;
- 1957 – individuelle und kollektive Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechte im Netz –
1958 zumal dort, wo sich Arbeit aus der Sphäre des klassischen Betriebes in den virtuellen
1959 Raum des Internet verlagert hat;
- 1960 – wirksame Mechanismen der sozialen Absicherung auch für Selbstständige und
1961 Freiberufler;
- 1962 – den Schutz der Daten und die Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten.

1963
1964 Aber auch hier tropft Wasser in den Wein: So wichtig und erfreulich der Konsens im
1965 Grundsätzlichen ist, so bedauerlich bleibt, dass konkrete Regelungsvorschläge und
1966 Aufforderungen an den Gesetzgeber oft keine mehrheitliche Unterstützung in der
1967 Kommission finden konnten. Die Abstimmungen der Internet-Enquete zum Komplex
1968 Beschäftigtendatenschutz beispielsweise waren in weiten Teilen von allzu wenig Sensibilität
1969 für die Belange der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt und führten
1970 denn auch bedauerlicherweise zu keinen Fortschritten auf diesem dringend
1971 regelungsbedürftigen Feld. Gleichwohl lässt sich in Summe auf den Ergebnissen der Enquete-
1972 Kommission aufbauen: Das Gremium hat wichtige Orientierungsmarken für ein politisches
1973 Programm zur Humanisierung digitaler Arbeit gesetzt, die es nun weiter zu konkretisieren und
1974 in reales politisches Handeln umzusetzen gilt.

1975

1976

1977 **V.1.11 Nicole Simon: Das Internet geht nicht mehr weg⁴⁷**

1978

1979 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
1980 **nicht?**

1981

1982 „Ich bin nicht besonders naiv an die Arbeit herangegangen, weil ich aus meiner Tätigkeit im
1983 Firmenumfeld bereits politische Spielchen kennengelernt habe. Mir war klar, dass es nicht
1984 immer nur sachorientiert zugehen wird.

1985 Es war eine sehr entspannte Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der
1986 CDU/CSU-Fraktion, die mich aufgestellt hatte. In vielem konnte ich entlang der Linie
1987 mitgehen, bei anderem habe ich von Anfang an klargemacht, dass ich das nicht mittrage.
1988 Auch mit den anderen Mitgliedern und Fraktionen gab es ein sehr konstruktives Arbeiten.
1989 Über das Ergebnis bin ich insgesamt sehr froh.

1990

1991 Die Grundaussage war ja, dass wir uns nicht um das Tagesgeschäft kümmern sollten, sondern
1992 um die Zukunft, die wir im Begriff sind zu gestalten. Manchmal war es schwierig, dies zu
1993 unterscheiden. Immer wieder gab es dann doch Rückgriffe auf das Tagesgeschäft, teilweise,
1994 weil wir einfach nicht in die Zukunft blicken können und nicht wissen, wohin die Reise geht.

1995

1996 Ich glaube, dass die Berichte einen sehr guten Ein- bzw. Überblick über den Ist-Zustand
1997 liefern. Vielleicht mögen sie nicht immer so gut darin sein, die Zukunftsfragen alle
1998 abschließend zu behandeln und treffsichere Handlungsempfehlungen zu geben, aber sie
1999 liefern doch einen umfassenden und tiefgreifenden Blick auf die digitale Gesellschaft von
2000 heute. Das ist sehr wertvoll.

2001

2002 Ich habe etwas mehr Respekt für Abgeordnete bekommen, die sich mehr als einmal wählen
2003 lassen, denn die Arbeit ist wirklich komplex und nicht selten ermüdend. Manches, was sich
2004 nach außen wie ein kleiner Hügel darstellt, der sich leicht abtragen lässt, stellt sich bei
2005 näherem Hinsehen als ein Riesenberg an Problemen dar. Die Enquete selbst hat ja zum

⁴⁷ Aufzeichnung des Gesprächs vom 14. Dezember 2012

2006 Beispiel beim Thema Bürgerbeteiligung Schritte gemacht, die intern wie eine kleine
2007 Revolution gewirkt haben, obwohl es von außen keinesfalls so wirkte.“

2008

2009 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

2010

2011 „Ich habe meine Tätigkeit für die Enquete als eine Art ehrenamtlichen Dienst an der
2012 Gesellschaft betrachtet, so wie andere im Altenheim mithelfen. Ich wollte in meiner Rolle als
2013 Sachverständige mit daran arbeiten, dass sich etwas ändern kann. Und ich wollte das von
2014 innen tun, weil man den Leuten nicht immer die Tür vor der Nase zuknallen und sie
2015 beschimpfen kann, aber dann nicht helfen will, etwas daran zu ändern. Das geht sicher nicht
2016 von heute auf morgen, weil wir glücklicherweise nicht in einer Diktatur leben.

2017

2018 Die Revolution findet in Deutschland zwar nur nach Vorschrift statt. Aber wir sehen, dass
2019 Leute merken, dass sie sich wieder an der Politik beteiligen können und dass auch einzelne
2020 Stimmen eine gewisse Reichweite erzeugen können. Natürlich gibt es da ein Spannungsfeld,
2021 weil Demokratie eben keine Veranstaltung für Einzelne ist.

2022

2023 Das Internet stellt die Gesellschaft gerade auf den Kopf. Die Arbeit der Enquete bildet einen
2024 kleinen Baustein, um diese Veränderungen zu gestalten. Ich hoffe, dass zum Beispiel Lehrer
2025 auf den Bericht zur Medienkompetenz stoßen und ihn nutzen können, um Veränderungen
2026 einzufordern. So geht es Stück für Stück etwas weiter.

2027 Dabei bauen wir ja nicht auf einer grünen Wiese. Bei manchen Ideen aus der Netzgemeinde
2028 wird übersehen, dass wir uns stattdessen in einer verwinkelten Altstadt mit vielen kleinen
2029 Gässchen befinden, in der es aussichtslos ist, spontan eine U-Bahn bauen zu wollen. Man
2030 muss schauen, was möglich ist, und am Ende kommt eben nur eine Buslinie dabei heraus. Die
2031 Ideen bzw. Konzepte müssen tragfähig sein, vor allem wenn sie Grundpfeiler in der
2032 bisherigen Welt ersetzen wollen. In dieser Legislaturperiode haben iPads und iPhones Einzug
2033 in den Bundestag gehalten. Von außen betrachtet, ist das nichts Besonderes. Von innen
2034 betrachtet schon. W-Lan gibt es übrigens immer noch nicht im Parlament.

2035

2036 Übrigens bin ich nicht der Meinung, dass ein Abgeordneter jederzeit auf allen Online-
2037 Plattformen Rede und Antwort stehen muss. Er wird gewählt, um sich mit Themen
2038 auseinanderzusetzen und Entscheidungen zu treffen. Die Erwartungshaltung mancher
2039 Netzbewohner, dass jede Frage sofort beantwortet werden muss, nur weil er eine Mail
2040 geschickt hat, halte ich für überzogen.

2041

2042 Es gibt im Politikbetrieb Regeln und Strukturen, die sich bewährt haben und mit denen man
2043 leben muss, weil sie dafür sorgen, dass das System funktioniert. Menschen außerhalb des
2044 Betriebes verstehen das oft nicht. Manchmal sind dies sehr hartnäckige Strukturen, die
2045 unabhängig von den Launen der Politik existieren, beispielsweise in der Verwaltung.
2046 Manchmal muss man sich dann fragen: Will ich ein Ziel erreichen oder will ich Strukturen
2047 sprengen?

2048

2049 Je mehr nach draußen sichtbar wird, wie ein System wie die Politik funktioniert, desto
2050 transparenter wird auch der Apparat. Leere Abgeordnetenbänke sind so ein Beispiel. Es kann
2051 eben sinnvoll sein, nicht im Plenum zu sitzen und sich stattdessen im Büro oder im Gespräch
2052 mit Experten mit den Themen zu beschäftigen. Dass sich Abgeordnete morgens mit
2053 Energiefragen, mittags mit dem nächsten Afghanistan-Einsatz und abends mit ihrem
2054 Wahlkreis auseinandersetzen müssen, wissen viele nicht.

2055

2056 Was den politischen Betrieb angeht, gilt eben auch: Mitgehangen, mitgefangen. Wenn ich
2057 mich für eine Partei entscheide, habe ich der Gruppe gegenüber die Verantwortung, mit mir
2058 einen Deal auszuhandeln, bis zu welchem Punkt ich mitgehen kann und wann die rote Linie
2059 überschritten ist. Bis dahin muss ich dann aber auch mitgehen, selbst wenn ich nicht von
2060 allem überzeugt bin.“

2061

2062 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

2063

2064 „Ich glaube, dass vielen Menschen, die sich bisher noch nicht so intensiv mit dem Thema
2065 befasst hatten, klarer ist, dass das Internet wirklich alle Bereiche der Gesellschaft erfasst und
2066 verändert hat. Es ist uns gelungen, in den Berichten zu beschreiben, dass das Internet nichts

2067 Neues, sondern bereits in allen gesellschaftlichen Bereichen enthalten ist, und dass es
2068 grundlegende Veränderungen mit sich gebracht hat. Die Berichte bieten hier einen sehr guten
2069 Referenzrahmen, um sich einzulesen und kompetenter zu machen. Gerade bei der
2070 Beschreibung des Ist-Zustandes sind sie hervorragend geeignet, das Bild zu komplettieren.

2071

2072 Ich sage immer: Das Internet, das geht nicht mehr weg. Es gibt einige, die sähen es lieber
2073 heute als morgen verschwinden. Aber das wird nicht passieren. Wir sehen in allen Parteien,
2074 wie sich Mitglieder meist außerhalb der Führung organisieren, um in Internetfragen
2075 kompetent zu werden. Da kommt es zu einer Machtverschiebung, auf die die Politik immer
2076 sehr empfindlich reagiert. Das verändert sich gerade etwas, ob man will oder nicht. Für die
2077 Beteiligten ist das nicht immer einfach.

2078

2079 Das Internet verändert so viele Bereiche der Gesellschaft, dass es für die Enquete gar nicht
2080 möglich war, alle Probleme anzusprechen oder gar zu lösen. Mein Lieblingsbeispiel ist der
2081 Rundfunkstaatsvertrag, der noch zu Zeiten entstand, als nicht jedermann zu jeder Zeit Filme
2082 in die Welt senden konnte. Das muss man anfassen, wie viele andere Regelungen auch. Die
2083 Enquete hat da nur einen ersten Anfang gemacht. Wir haben noch nicht mal den Samen gesät,
2084 sondern erst mal das Feld gekauft. Vielleicht können wir im nächsten Jahr Samen setzen, in
2085 der Hoffnung, dass es in den darauf folgenden Jahren Früchte trägt.

2086

2087 Dabei gibt es bereits jetzt sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Zukunft
2088 gestaltet werden soll. In der Enquete konnten diese manchmal sehr konträren Meinungen
2089 vielleicht erstmals ausgetauscht werden. An der ein oder anderen Stelle sind sie sich vielleicht
2090 sogar näher gekommen. Aber wir sind noch am Anfang der Überlegungen, noch lange nicht
2091 am Ende.“

2092

2093 **V.1.12 (Constanze Kurz: Freigabe fehlt noch)**

2094

2095 **V.1.13 Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring: Die Arbeit muss weitergeführt werden**⁴⁸

2096

2097 **Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche**
2098 **nicht?**

2099

2100 „Zunächst einmal fand ich, dass es eine hervorragende Idee war, im Deutschen Bundestag
2101 eine solche Kommission einzusetzen. Und die Idee hat sich bewährt. Auch wenn es zu
2102 Anfang Kritik gab, war vor allem die heterogene personelle Zusammensetzung überzeugend.
2103 Wir hatten alle einen sehr unterschiedlichen Hintergrund. Um ein Beispiel zu nennen: Mit
2104 dem Sachverständigen Alvar Freude, der zu den Gründern des Arbeitskreises gegen Internet-
2105 Sperren und Zensur gehört, hatte ich mich zuvor als Vorsitzender der Kommission für
2106 Jugendmedienschutz und damit als Vertreter einer gewissen Ordnungspolitik heftig gestritten.
2107 In der Projektgruppe Medienkompetenz der Internet-Enquete haben wir uns erneut
2108 miteinander auseinandergesetzt, aber zum Schluss haben wir gemeinsam ein Papier erarbeitet,
2109 das einstimmig verabschiedet wurde. Das war möglich, weil in der Enquete ein intensiver
2110 Dialog stattfinden konnte, den wir anderswo so nicht hätten führen können. Zuvor hatten wir
2111 zwar Differenzen intensiv ausgetragen, waren aber nicht weitergekommen. In der Enquete ist
2112 es gelungen, im Ringen um Texte und Lösungen voranzukommen.

2113

2114 Ein Problem unserer Arbeit bestand in der Abgrenzung zu tagesaktuellen Themen, zum
2115 Beispiel bei der Netzneutralität, beim Datenschutz oder beim Urheberrecht. Diese Fragen
2116 wurden parallel zu den Beratungen in der Enquete politisch kontrovers diskutiert. Die
2117 tagespolitischen Auseinandersetzungen wurden so manchmal in die Kommission
2118 hineingetragen. Am Ende sind aus diesem Grund teilweise keine Handlungsempfehlungen
2119 zustande gekommen.

2120

2121 Die Analyse der Probleme hingegen ist uns mehr als einmal hervorragend gelungen. Zu vielen
2122 Feldern sind so einmalige Bestandsaufnahmen in einer Tiefe und Breite entstanden, die es in
2123 dieser Form zuvor nicht gab. Für die weiteren politischen Diskussionen sind das

⁴⁸ Aufzeichnung des Gesprächs vom 19. Dezember 2012

2124 hervorragende Grundlagen. Die Aufbereitungen zum Thema Netzneutralität sind zum
2125 Beispiel nicht nur lesenswert, sondern spiegeln die derzeitige Situation auch in technischer
2126 und politischer Hinsicht sehr genau wider. Vieles davon ist einer breiteren Öffentlichkeit
2127 bisher nicht bekannt, obwohl die Frage nach der Netzneutralität eine Frage nach der
2128 elementaren Verfasstheit der digitalen Welt ist.“

2129

2130 **Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

2131

2132 „Zu Beginn gehörte ich ja eher zu den Kritikern der neuen Online-Bürgerbeteiligungsformen.
2133 Im Laufe der Arbeit konnte ich jedoch wahrnehmen, dass diese Experimente, die die
2134 Kommission zum Beispiel mit der Software Adhocracy gemacht hat, einige sehr interessante
2135 Ansätze für die Zukunft aufgezeigt haben. Inzwischen glaube ich, dass diese Erfahrungen
2136 prinzipiell positiv waren und es sich als richtig herausgestellt hat, dass die Kommission die
2137 Öffentlichkeit an ihrer Arbeit beteiligte.

2138

2139 Allerdings habe ich einen Kritikpunkt für die Zukunft: Es war teilweise offensichtlich, dass
2140 sich nur ein bestimmter Ausschnitt der Bevölkerung beteiligt hat. Es ist eben noch so, dass
2141 solche Beteiligungsmodelle nicht die Mehrheit der Gesellschaft erreichen und daher
2142 keineswegs die Pluralität der Meinungen abbilden. Das ist noch ein Problem, das zu lösen ist,
2143 bedeutet aber keine Absage an die neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Es heißt
2144 lediglich, dass sie sich noch weiterentwickeln müssen. Prinzipiell haben sie sich bewährt.

2145

2146 Es war auch gewöhnungsbedürftig für mich, bei Anhörungen, bei denen es neben den 17
2147 sachverständigen Mitgliedern nicht selten noch bis zu neun weitere Experten gab, dann noch
2148 die Stimme des so genannten 18. Sachverständigen, der Öffentlichkeit, zu hören. Auch wenn
2149 ich glaube, dass diese Stimme noch nicht die Vielfalt der Positionen wiedergibt, habe ich das
2150 akzeptiert. Die Beteiligungsmöglichkeiten einer Gesellschaft ersetzen jedoch nicht die
2151 Kompetenz und die Entscheidungsfindung des Parlaments.

2152

2153 Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass es zunächst schwierig war, die Bürger an der
2154 Textarbeit zu beteiligen. Daher ist es wichtig, die neuen Formen der Beteiligung richtig zu

2155 gewichten. Insgesamt glaube ich, dass man das Thema weiter diskutieren und darüber
2156 nachdenken muss, wie man Pluralität und Qualität sicherstellen kann, indem man die
2157 richtigen Instrumente zum Einsatz bringt.

2158

2159 Auch die Öffentlichkeit der Sitzungen war für mich anfangs sehr ungewohnt, denn es hieß
2160 praktisch, dass nichts intern diskutiert wurde, sondern dass alles weitgehend öffentlichen
2161 Zugang fand. Das muss der Sache nicht immer unbedingt dienlich sein. Es gibt zum Beispiel
2162 Verbandsvertreter, die nicht mehr alles sagen und Klartext reden können, weil sie damit
2163 möglicherweise jemandem in die Quere kommen. Da wäre es einfacher, es gäbe auch interne,
2164 vertrauliche Sitzungen.

2165

2166 Zugleich habe ich die Erfahrung gemacht, dass Transparenz durchaus wünschenswert ist.
2167 Inzwischen hielte ich es für positiv, wenn es mehr von diesen öffentlichen
2168 Diskussionsprozessen gäbe, allerdings unter der Bedingung, dass definiert ist, was man damit
2169 erreichen will. Zugleich muss deutlich bleiben, wer für Entscheidungen verantwortlich ist.
2170 Nach meinem Verständnis sind das die zuständigen Entscheidungsträger. Dass die
2171 Öffentlichkeit dabei mehr Transparenz einfordert, halte ich jedoch prinzipiell für gut. Es hilft,
2172 die digitale Gesellschaft weiterzuentwickeln.“

2173

2174 **Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?**

2175

2176 „Wir hatten einen unglaublich breiten Auftrag im Einsetzungsbeschluss. Und natürlich war es
2177 nicht möglich, für diese Themen, die sich von Wirtschaft, Kultur, Recht, Medien bis hin zu
2178 Internationalem, Sicherheit und vielem mehr erstreckten, alle Fragen abschließend zu
2179 beantworten. Ich wäre als Sachverständiger nicht zufrieden, wenn die Arbeit jetzt
2180 abgeschlossen würde. Auch wenn vieles auf den Weg gebracht ist, kann man das Thema
2181 Digitalisierung nach Abschluss der Kommission keinesfalls zu den Akten legen.

2182

2183 Daher ist die Handlungsempfehlung der Enquete, einen ständigen Ausschuss im Deutschen
2184 Bundestag einzurichten, eine der wichtigsten. Zugleich müsste man ein Pendant auf
2185 Regierungsseite einrichten und zwar am besten im Bundeskanzleramt, weil die Digitalisierung

2186 die verschiedensten Ressorts betrifft. Hier müsste man sich künftig um die Themen kümmern.
2187 Diese Stelle sollte zudem mit einer klaren und umfassenden Aufgabenbeschreibung
2188 ausgestattet sein.

2189
2190 Eine wesentlicher Erfolg der Kommission besteht auch darin, dass sich eine ganze Reihe von
2191 jungen Politikern knapp drei Jahre intensiv mit zukünftigen Herausforderungen der digitalen
2192 Gesellschaft beschäftigen und damit an Kompetenz gewinnen konnte. Dazu hat übrigens auch
2193 das hervorragende Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und des
2194 Sekretariats beigetragen. Von ihrer Arbeit hat die gesamte Kommission enorm profitiert. Der
2195 Kompetenzzuwachs der Politik wird bei den zukünftigen schwierigen Diskussionen sicher
2196 spürbar werden. Fast könnte man davon sprechen, dass sich die Kompetenz in diesen Fragen,
2197 die bisher eher bei den Ländern lag, ein kleines Stück in Richtung Bund verlagert hat.

2198
2199 Was bleiben wird, sind die vielen qualifizierten Berichte, die hoffentlich Grundlage für
2200 fundierte Diskussionen sein werden. Ich befürchte, dass aus Zeitmangel nicht alles vertieft
2201 und als Ganzes gelesen wird. Daher würde ich mir wünschen, dass unsere Berichte
2202 verschlagwortet und mittels der modernen Techniken aufbereitet werden, damit möglichst
2203 viele Menschen die teils erstmals so umfassend dargestellten Informationen abrufen können.“

2204

2205 **VI Ausblick**

2206

2207 **Wer ein Fazit der Arbeit der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft**
2208 **ziehen will, kann zwei Irrtümern erliegen. Der erste ist: Alles hat sich verändert. Der**
2209 **zweite ist: Nichts hat sich verändert.**

2210

2211 Die Arbeit der Enquete-Kommission hat deutlich gemacht, dass die Veränderungen, die die
2212 Digitalisierung der Gesellschaft mit sich gebracht hat, tiefgreifend und unumkehrbar sind. Sie
2213 sind in ihren Auswirkungen vergleichbar mit den Umwälzungen der Industrialisierung im 19.
2214 oder der Erfindung des Buchdrucks im 16. Jahrhundert. Bei der Beschreibung dieser
2215 Veränderungen fehlt es noch an zeitlicher Distanz, doch die Enquete-Kommission hat in ihren

2216 zwölf Zwischenberichten unter anderem den Versuch unternommen, den Ist-Zustand in den
2217 verschiedenen Themenbereichen zu beschreiben und erste Empfehlungen für die Gestaltung
2218 der digitalen Zukunft zu geben. Damit ist ein Anfang gemacht, dem viele weitere Schritte
2219 folgen müssen.

2220

2221 Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft haben
2222 Netzpolitik und die Digitalisierung der Gesellschaft nachhaltig Eingang in den
2223 parlamentarischen Diskurs gefunden. Der Status einer Politik-Orchidee gehört endgültig der
2224 Vergangenheit an. In den letzten gut drei Jahren haben die 34 Mitglieder der Internet-Enquete
2225 nicht nur 20 Mal öffentlich in der Kommission getagt und sich in den zwölf Projektgruppen
2226 179 Mal zu Arbeitssitzungen getroffen. Durch die Mitglieder der Internet-Enquete wurde
2227 unter anderem ein Informationskanal in die Fraktionen hinein geschaffen, um Diskussionen
2228 mit Abgeordneten und Akteuren aus dem Politikbetrieb zu führen, die sich bisher eher am
2229 Rande mit Fragen der Digitalisierung befasst hatten.

2230 In jeder Fraktion im Deutschen Bundestag wurde zudem mindestens eine eigene Konferenz
2231 zu Fragen der Digitalisierung für alle Abgeordneten auch außerhalb der Enquete-Kommission
2232 veranstaltet. Hinzu kamen eine Fülle von Konferenzen, Tagungen und BarCamps in der
2233 (analogen) Öffentlichkeit, zu der sich unter anderem Politiker, Medienverantwortliche,
2234 Politikvermittler, Pädagogen und Kommunikationsexperten in den Häusern von politischen
2235 Stiftungen, Landesvertretungen, Fortbildungsträgern oder Unternehmen trafen. Diese
2236 Veranstaltungen fanden nicht nur in Berlin statt, sondern im ganzen Land. Viele Partei-
2237 Untergruppen, Ortsvereine, kirchliche und staatliche Bildungsträger sowie Organisationen aus
2238 der Zivilgesellschaft boten Workshops, Diskussionsrunden und Weiterbildungsangebote zu
2239 den Themen Internet und den Veränderungen in der digitalen Gesellschaft an. Nicht zuletzt
2240 konnten die sachverständigen Mitglieder der Enquete-Kommission lernen, wie aus Ideen
2241 Politik wird. Mit anderen Worten: Der Informationsgewinn durch die Enquete-Kommission
2242 fand – wie in den Zeiten des Web 2.0 erwünscht – in beide Richtungen statt.

2243

2244 Es hat seit Einsetzung der Internet-Enquete am 3. März 2010 und der ersten Sitzung am 5.
2245 Mai 2010 einen erheblichen Zuwachs an Diskussion und damit Bewusstsein, Information und
2246 Urteilsfindung sowohl im professionellen Politikbetrieb als auch in der breiten Öffentlichkeit

2247 gegeben. Die Berichterstattung über die Internet-Enquete⁴⁹ erwies sich sowohl in quantitativer
2248 wie in qualitativer Hinsicht als überdurchschnittlich. Das allgemeine Interesse an den Themen
2249 der Internet-Enquete war hoch. Neben Veröffentlichungen im Fernsehen und den
2250 Printmedien, die sich meist auf einzelne Höhepunkte beschränkten, etwa die konstituierende
2251 Sitzung und kontroversen Debatten, beispielsweise um die Netzneutralität, gab es eine
2252 kontinuierliche Begleitung in verschiedenen Blogs und sozialen Netzwerken.

2253

2254 Viele Fragen, die die Digitalisierung der Gesellschaft aufwerfen, konnten in der Enquete-
2255 Kommission nicht abschließend geklärt werden. Die Debatte steht noch am Beginn. Eine der
2256 gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Kommission lautet daher, in der nächsten
2257 Legislaturperiode einen ständigen Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft
2258 einzurichten. Damit könnte das Parlament einen Netzknoten einrichten, an dem die losen
2259 Enden, die die Enquete-Kommission naturgemäß hinterlassen hat, zusammengeführt werden
2260 können.

2261

2262

2263

2264

2265

2266

2267

2268

2269

2270

2271

2272

⁴⁹ Die Online-Redaktion im Sekretariat der Internet-Enquete veröffentlichte täglich eine Auswahl der Online-Berichterstattung über die Enquete und andere Netzthemen unter <http://www.bundestag.de/internetenquete/Netzmonitoring/index.jsp>

2273	VII Anhang
2274	
2275	Ordentliche Mitglieder, MdB
2276	
2277	Fraktion CDU/CSU
2278	Dr. Reinhard Brandl
2279	Axel E. Fischer – Vorsitzender der Enquete-Kommission
2280	Ansgar Heveling
2281	Thomas Jarzombek
2282	Jens Koeppen
2283	Dr. Peter Tauber
2284	
2285	
2286	Fraktion SPD
2287	Johannes Kahrs
2288	Lars Klingbeil
2289	Aydan Özoguz
2290	Gerold Reichenbach –stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission
2291	
2292	
2293	Fraktion FDP
2294	Sebastian Blumenthal
2295	Manuel Höferlin
2296	Jimmy Schulz
2297	
2298	
2299	Fraktion DIE LINKE.
2300	Dr. Petra Sitte
2301	Halina Wawzyniak
2302	
2303	
2304	Fraktion B'90/DIE GRÜNEN
2305	Dr. Konstantin von Notz
2306	Tabea Rößner
2307	
2308	
2309	

- 2310 **Sachverständige**
2311
2312 **benannt durch Fraktion CDU/CSU**
2313 Prof. Dieter Gorny
2314 Harald Lemke
2315 Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring
2316 Dr. Bernhard Rohleder
2317 Nicole Simon
2318 Prof. Dr. Christof Weinhardt
2319
2320
2321 **benannt durch Fraktion SPD**
2322 Alvar C. H. Freude
2323 Lothar Schröder
2324 Prof. Dr. Wolfgang Schulz
2325 Cornelia Tausch
2326
2327
2328 **benannt durch Fraktion FDP**
2329 Prof. Dr. Hubertus Gersdorf
2330 Dr. Wolf Osthaus
2331 padeluun
2332
2333
2334 **benannt durch Fraktion DIE LINKE.**
2335 Constanze Kurz
2336 Annette Mühlberg
2337
2338
2339 **benannt durch Fraktion B'90/DIE GRÜNEN**
2340 Markus Beckedahl
2341 Dr. Jeanette Hofmann
2342
2343
2344

2345 **Stellvertretende Mitglieder, MdB**
2346
2347 **Fraktion CDU/CSU**
2348 Michael Brand
2349 Christian Hirte
2350 Axel Knoerig
2351 Stephan Mayer
2352 Tankred Schipanski
2353 Nadine Schön
2354
2355
2356 **Fraktion SPD**
2357 Martin Dörmann (bis 14.12.2012 stellvertretender Vorsitzender der Kommission)
2358 Stefan Rebmann
2359 Kerstin Tack
2360 Brigitte Zypries
2361
2362
2363 **Fraktion FDP**
2364 Sylvia Canel
2365 Christian Lindner
2366 Stephan Tomae
2367
2368
2369 **Fraktion DIE LINKE.**
2370 Herbert Behrens
2371 Jan Korte
2372
2373
2374 **Fraktion B'90/DIE GRÜNEN**
2375 Jerzy Montag
2376 Krista Sager

2377

2378

2379

- 2380 **....wird vervollständigt**
- 2381 Referenten, Mitarbeiter, Sekretariat
- 2382 Anhörungen
- 2383 ...
- 2384 Literatur
- 2385 Verweis auf Online-Netzmonitor (Netzfundstückchen)
- 2386 Archivierte Seiten